

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schredt-Konto Hannover Nr. 57018
Diro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wassertor 67

Abonnementspreis d. Voten vierteljährlich 3.— M.R., d. die Post 3,00 M.R. Einzel-Nr. 50 Pfg.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile über deren Raum 40 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Felix Elmberg, Essen. Druck: P. Hausmann & Co., Bochum.
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38 42

Leipziger-Nummern: 4300, 4301
Telegraphen-Verband Bochum

Die Ruhrbergarbeiter im Aufmarsch.

Der Pressestreit um die geforderte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung für die Ruhrbergarbeiter ist in vollem Gange. Die Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß die Forderungen leicht bewilligt werden können. Die Zechenherren behaupten das Gegenteil. Die Arbeiter stützen sich auf die gestiegene Förderleistung trotz verminderter Belegschaft. Die Zechenherren berufen sich auf die vermehrten Auslagen infolge der Rationalisierung, wodurch die gestiegene Produktionsleistung ja nur möglich geworden wäre. Außerdem verweisen sie darauf, daß die Löhne nominell viel höher gestiegen seien wie die Kohlenpreise, gemessen an dem heutigen Stande zu 1913. Wir haben zu diesem Einwand schon des öfteren Stellung genommen und können uns für heute eine erneute Aufrollung dieser ganzen Frage ersparen. Aber auf etwas anderes müssen wir als Bergarbeiter immer wieder die Aufmerksamkeit lenken, wenn die Zechenbesitzer allzu sehr ihre Beweisführung auf die Wirtschaftszahlen von der Kohlenleistung und Kohlenförderung stützen. Es ist der breiten Öffentlichkeit immer noch nicht zur Genüge bekannt, daß die Kohlenwirtschaft der Zechenbesitzer sich nicht nur im Geschäft und in der Produktion mit und von Kohle erschöpft.

Die Kohlenförderung und deren Absatz ist nur ein Teil des Kohlegeschäfts. Die Kohle wird zu einem immer größer werdenden Teile für die Zechenherren nur noch zu einem Rohstoff, den sie zur Herstellung von anderen wertvollen Produkten benutzen. Gerade diese Gewinnung von Nebenprodukten aus der Kohle aber ist es, die den Zechengesellschaften ein besonders gutes Geschäft garantiert. Sie haben hier gleichsam ein Monopol, das sie preis- und geschäftspolitisch zu jedem beliebigen Vorteil ausnützen können. Damit aber wird mit der Zeit das Kohlegeschäft eine Position zweiten Grades bei der Rentabilitätsgestaltung der Zechenunternehmungen. Es kann so mit der Zeit sehr leicht möglich werden, daß der reine Zechenbetrieb in Kohlenleistung und Kohlenförderung nachweisbar unrentabel ist, während das wirkliche Kohlegeschäft des Zechenunternehmens glänzende Gewinnmöglichkeiten bietet. Daß die Entwicklung diesbezüglich heute schon sehr weit fortgeschritten ist und sich in dem aufgezeigten Verhältnis schon praktisch auswirken kann, ist sicher. Damit aber müssen die Einwände der Unternehmer einer ganz anderen Wertung unterzogen werden.

Man kann sich sogar vorstellen, daß die Unternehmer einer aus grobem Zahlenmaterial herauszufindenden Unrentabilität ihrer Zechenbetriebe in der reinen Kohlenleistung gar nicht viel Abwehr entgegenbringen. Sie hätten damit eine gute Chance, um die Forderungen der Arbeiter als untragbar ablehnen zu können. Das gilt ja um so mehr, weil wir ein sogenanntes Kohlenwirtschaftsgesetz haben, das der Öffentlichkeit die Kontrolle über das Kohlegeschäft gestattet. Es könnte also den Unternehmern schließlich nichts willkommener sein, als von einem in Auftrage der Öffentlichkeit kontrollierenden Organ feststellen zu lassen, daß nach dem vorliegenden Material die Zechen mit ihrer Kohlenleistung an der Grenze einer rentablen Geschäftsgebarung angelangt seien. Und wirklich, wer den Streit zwischen Arbeiter und Zechenherren verfolgt, der hört, wie sich letztere tatsächlich jetzt schon bemühen, an Hand des Zahlenmaterials über die Geschäftsgebarung in der Kohlenleistung den Nachweis der Unrentabilität zu führen, ohne auch nur die Geschäftsgebarung in der Nebenproduktengewinnung zu berühren. Also selbst dann, wenn nach Auffassung des Fernstehenden das vorliegende Zahlenmaterial über die Kohlenleistung und die Untragbarkeit weiterer Belastung durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung beweisen würde, selbst dann würde das für die Durchführbarkeit der gestellten Arbeiterforderungen an sich noch gar nichts belegen. Die Nebenproduktengewinnung in der Kohlenwirtschaft kann nämlich nicht außer Anschlag gehalten werden bei der Prüfung der Rentabilitätsgestaltung der Zechenunternehmungen.

Wir wollen deshalb hier gar nicht untersuchen, ob die vorliegenden Zahlen über die Kohlenwirtschaft (ohne Nebenproduktengewinnung) wirklich für die Zechenherren und gegen die Arbeiter reden, sondern wir weisen nur darauf hin, daß sich daraus keine entscheidenden Schlüsse ziehen lassen, die gegen eine Erfüllbarkeit überhaupt sprechen könnten. Da aber eine genaue Nachprüfung des Kohlegeschäfts einschließlich der Nebenproduktengewinnung aus den verschiedensten Umständen heraus heute nicht möglich ist (in erster Linie ist es der Widerstand der Zechenherren selbst, der dieses verhindert), können wir uns als Arbeiter von keinen Einwänden der Unternehmer beruhigen lassen. Das müßte natürlich in gleicher Weise gelten für die zuständigen Schlichtungsbehörde, soweit sie mit einem eventuellen Schlichtungsversuche zwischen den beiden Parteien betraut werden wird.

Überall dort aber, wo ein evtl. Schiedsurteil sich nicht auf exakte und zuverlässiges Zahlenmaterial stützen kann, da bedarf es zu keiner Begründung zu mindest

der Rechtfertigung aus zwingenden Allgemeinverhältnissen, wie sie zum Beispiel die drohende Gefahr evtl. Wirtschaftskämpfe darstellen würde. Und diese Gefahr ist ja diesmal für den Ruhrbergbau in sehr bedrohliche Nähe gerückt, weil die Organisationen der Arbeitnehmer entschlossen sind, bei Abweisung ihrer Forderungen um ihr Recht zu kämpfen! Sollte es also so weit kommen müssen, dann sei jetzt schon darauf hingewiesen, daß man die Arbeiter nicht mit einem einseitig aufgemachten Zahlenspiel ins Unrecht setzen kann, da ja die exakte Nachprüfung und die entscheidende Kontrolle gerade dort die Türen verschlossen findet, wo die Rentabilitätsgestaltung des Zechenbetriebes ihre unbestrittenste und reinste Auswirkung erfährt, nämlich in der Nebenproduktengewinnung, worüber die Öffentlichkeit so gut wie überhaupt nicht orientiert ist.

Bergegenwärtigen wir uns, daß die Zechenherren des Ruhrgebiets aber nach dem „Ausgleich“ für die letzte Lohnerhöhung (Mai 1927) verlangen und vor ein paar Wochen gar noch von der Notwendigkeit eines Lohnabbaues redeten, dann wird wohl jedem klar sein, daß die endgültige Entscheidung über die gestellten Arbeiterforderungen nicht leicht gefällt werden wird. Es gilt deshalb für die Ruhrbergleute, eifrig zu rüsten! Die Agitation hat in diesen Tagen schon überall begonnen. Von ihrem Erfolge hängt weitgehend der Erfolg für den nächsten Tarifabschluß ab. Über überall her werden uns Neuauflagen in großer Zahl gemeldet, ein Beweis, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebiets allmählich wieder aufmerken lernen. Sollte es so anhalten bis zum 1. Mai, dann werden wir den Zechenherren des Ruhrgebiets ein ernstes Wort sagen können wie früher, wenn sie glauben, die Forderungen mit einer Handbewegung abtun zu können. Die Berg-

arbeiter müssen endlich nach außen zeigen, daß sie es satt haben, sich mit Konjunkturinteressen abschweigen zu lassen, während man andere Berufe unbedenklich immer weiter über die Bergarbeiterverhältnisse hinaus fördert. Es ist einfach ein Skandal, daß der Bergmann an 15. Stelle aller Lohnempfänger steht, trotzdem er die beschwerlichste Beschäftigung ausübt in einem volkswirtschaftlich erstrangigen Berufe. Hinzu kommt, daß man bei einer Beurteilung der gesamtbergbaulichen Geschäftslage, also nicht nur in der Kohlenleistung, zu der Ueberzeugung kommen muß, daß die Forderungen der Arbeiter ohne weiteres erfüllt werden können.

Daß die Unternehmer das voller Entrüstung abstreiten werden, ist selbstverständlich. Die letzten Jahre aber haben gelehrt, daß die Arbeitgeber bei jeder ihnen aufgezwungenen Lohnerhöhung von „Untragbarkeit der Lasten“ redeten und den Ruin voraussetzten. In Wirklichkeit kam es immer, aber auch immer anders. Die Betriebe haben nach wie vor nicht nur weiter gearbeitet, sondern wir sind in der deutschen Wirtschaft trotz all solchem Gejammer in eine Hochkonjunktur hineingekommen. Ob das nicht gerade wegen der erzwungenen und durch Vertrag gesicherten Arbeitslöhne der Fall war? Wir wollen das heute hier nicht untersuchen. Für heute mag genügen, daß wir als Bergarbeiter nicht nur von dem moralischen Rechte überzeugt sind, das unsere Forderungen begleitet, sondern auch von der geschäftlichen Möglichkeit als „Belastung“ der Zechenunternehmungen. Die gegenteiligen Behauptungen der Zechenherren sind weiter nichts wie prinzipielle Widerstand gegen Lohnerhöhungen, weil sie von der veralteten Wirtschaftstheorie ausgehen, die alles auf den Sparerfolg an Löhnen zurückführen will, während im Gegenteil der Konsum die wirtschaftliche Prosperität bestimmt, aber vermehrter Konsum vor allem erhöhte Löhne verlangt, wie uns z. B. die amerikanische Wirtschaftsentwicklung längst bewiesen hat.

Denkt an die Betriebsratswahlen!

Die Betriebsratswahlen haben in diesem Jahre ganz besondere Bedeutung. Sie fallen in eine Zeit, in der im Bergbau verschiedene Tarife ihren Ablauf finden. Das hat natürlich zur Folge, daß es uns gelingen muß, überall bessere Bedingungen für die neuen Tarife herauszuholen. Wir können aber dabei nur Erfolge haben, wenn die Zechenbesitzer merken, daß sie bei evtl. Verweigerung von Zugeständnissen mit dem geschlossenen Willen der Belegschaft rechnen müssen, sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ihr Recht zu erkämpfen.

Die Betriebsratswahlen können hier schon als Gradmesser dienen, um das Interesse der Bergarbeiter an einer Besserung ihrer Lage feststellen zu können. Die Betriebsräte bedeuten schon an sich einen großen Erfolg für die Arbeiter im Kampf gegen Willkür und Paschaherrschaft der Zechenherren und ihrer willigen Aufsichtspersonen. Und die praktische Wirksamkeit derselben hängt wesentlich davon ab, wie sehr sich die Belegschaft der Gruben hinter ihre gewählte Betriebsvertretung stellt. Ist die Wahlbeteiligung gering, dann heißt das für den Unternehmer, daß die Arbeiterschaft wenig Wert legt auf irgendwelches Mitbestimmungsrecht durch ihre gewählten Vertreter. Zu einem besonderen Entgegenkommen gegenüber den Betriebsräten haben dann die Werksleitungen gar keine Ursache. Ist die Wahlbeteiligung jedoch stark, möglicherweise reiflos, dann dient das einer Betriebsleitung zur Warnung, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, irgendwelche rechts- und gesetzwidrige Behandlung ohne weiteres hinzunehmen.

Der Wert der Betriebsräte aber liegt nicht nur in dieser Allgemeinbedeutung. Auch diese Einzelfälle im Arbeitsverhältnis können sich über die Mitwirkung der Betriebsräte erledigen lassen. Leider ist das noch vielen Bergarbeitern gar nicht bekannt, trotzdem es schon hundertmal gesagt und geschrieben wurde. Wie viele Arbeiter bekommen nicht aus diesem oder jenem Grunde mit den Vorgesetzten Differenzen! Dann hört man sehr oft den verzweifelt klingenden Senzer: „Man kann halt nichts machen!“ Wirklich nicht?

Wer sich etwas um das Recht seiner Betriebsvertretung kümmert, weiß, daß sich die meisten Streitigkeiten, mit denen man nicht gerade direkt an das Arbeitsgericht gehen will, durch einen geschickten Betriebsrat erledigen lassen. Wie oft werden durch Untreue usw. die gesetzlichen Bestimmungen mißachtet, weil unter der brutalen Hand eines blindwütigen Beamten keine andere Wahl bleibt? Wie oft hat ein Bergmann dadurch Gesundheit und Leben eingebüßt? Meistens aber sind solche Fälle so, daß sie für das eine Mal gut gehen und nichts ernstliches dagegen unter-

nommen wird, weil durch evtl. Strafanzeige nachträglich doch nicht viel herauskäme. Aber gerade hier ist dann der Moment, wo man den Betriebsrat helfend und schützend heranziehen kann. Es ist eine der Hauptrechte der Betriebsräte, darüber zu wachen, daß in dem Betriebe die zugunsten der Arbeitnehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften durchgeführt werden.

Die Ueberwachung der gesetzlichen Schutzvorschriften ist also den Betriebsräten kraft Gesetz übertragen. Das schönste Recht zum Handeln und zur Tat nützt aber nichts, wenn man keine Gelegenheit zum Handeln oder zum berechtigten Eingriff bekommt. Eine Arbeiterschaft also, die nicht selbst alle Verstöße der Verwaltung und der Beamten bezüglich Arbeiterschutz an die Betriebsräte heranbringt, kann natürlich auch nicht gegen derartig vorkommendes Unrecht klagen und außerhalb des Betriebes, vielleicht den Gewerkschaftsangehörigen gegenüber, Beschwerden erheben. Hier muß dafür gesorgt werden, daß jeder Verstoß gegen Arbeiterschutz und Bergpolizeiverordnung aus Ver schulden der Verwaltung vor den Betriebsrat gelangt, damit von diesem Abhilfe geschaffen wird.

Die Arbeit des Betriebsrats wird um so fruchtbringender sein, je mehr die Verwaltung damit zu rechnen hat, daß er im Auftrage aller Wahlberechtigten seine Funktion ausübt. Das gilt aber um so vollkommen, je mehr Wahlberechtigte auch tatsächlich ihr Wahlrecht ausüben.

Ebenso unterliegt dem Betriebsrat auch die Ueberwachung der Durchführung von Tarifverträgen und sonstigen Schiedsprüchen. Gerade hier ergeben sich im Arbeitsverhältnis fortlaufend Differenzen. Meistens ist es dann so, daß die Verwaltung einfach diktatorisch entscheidet und den Protest des Einzelarbeiters gar nicht beachtet, höchstens noch den höchsten gestrichelt. Auch hier ist es dann der Betriebsrat, dem das gesetzliche Recht einer Klärung zuteil und der in vielen Fällen sogar eigenmächtig eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen lassen kann.

Wenn alle Arbeiter das alles so recht erkannt hätten und mit ihrer Betriebsvertretung gemeinsam arbeiteten, dann müßte sich das bald bestimmt bemerkbar machen zugunsten der Belegschaften. Die Betriebsräte und die Bergarbeiter müssen also hier in immer engere Fühlung miteinander kommen. Die Belegschaften müssen zeigen, daß sie wirklich in den gewählten Ausschüssen ihre selbstgewollten und selbstbeauftragten Vertreter sehen. Es gilt deshalb bei der kommenden Betriebsratswahl alles auf die Beine und an die Wahlurne zu bringen.

Es gilt:

100 Prozent Wahlbeteiligung!

Alle Sitze den Kandidaten des Verbandes!
Durch unermüdliche Agitation zum Erfolg!

Betriebsorganisation und Technik im Bergbau.

Vor der Peitsche der Stoppuhr.

Eine Vollversammlung des Technisch-wissenschaftlichen Sachverständigenausschusses für den Kohlenbergbau beim Reichskohlenrat beschloß sich am 2. Februar mit verkehrten aktuellen Betriebsproblemen.

Dr. Ing. Pils berichtete über

Betriebsberatungsbureaus im Kohlenbergbau.

Fortschritte in der Anwendung und Behandlung der Werkstoffe in den Betrieben des Kohlenbergbaus praktisch durchzuführen, ist eine der Aufgaben des Betriebsberatungsbureaus, deren Einrichtung und Wirksamkeit Bergwerksdirektor Dr. Ing. Pils auf Grund langjähriger persönlicher Erfahrung in seinem Referat empfahl und beschrieb. Der Zusammenschluß mehrerer Bergwerke unter einer gemeinsamen Oberleitung bietet Rationalisierungsmöglichkeiten durch den Vergleich der einzelnen Betriebe untereinander, durch den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen, Erfindungen, Anregungen, Arbeitsverfahren und Produktionsmitteln, durch die Erhöhung des Ausnutzungsfaktors der einzelnen Grube, durch die gemeinsame Beschaffung von Kraft, Stoff, Raum und Zeit sparenden Einrichtungen usw. Die Auffindung der hierfür geeigneten Maßnahmen wird mit großem Vorteil einem der Generaldirektion angegliederten Betriebsberatungsbureau übertragen, dessen Mitglieder, von dem Betriebsberatungsbureau Einzelbetriebsführer entsendet, den nötigen Überblick und die nötige Ruhe für die sorgfältige Vorbereitung und Kritik der Maßnahmen besitzen.

Diesem Vortrag folgte eine lebhafte Debatte.

Steiger Salbfell wies darauf hin, daß auch Arbeiter und Angestellte an der Wirtschaftlichkeit der Betriebe in hohem Maße interessiert seien. Die Rationalisierungserfolge seien aber in der Praxis nicht immer so groß, wie von hoher Warte. Betriebsberatungsbureaus gibt es im Kohlenbergbau schon eine ganze Anzahl, sehr oft ist aus Bureau „Bureaokratismus“ geworden. Diese Bureaus meißt nicht von alten akademisch gebildeten Praktikern, sondern von jungen Akademikern geleitet, denen die nötige praktische Erfahrung fehlt. Es wird zuviel theoretisiert und dadurch ein passiver Widerstand bei Arbeitern und Beamten ausgelöst. Diese Kinderkrankheit müssen beseitigt werden. Die Arbeiter rücken Fronten gegen die Stoppuhr, weil bei der Bedingefestsetzung vielfach nicht vernünftige bergmännische Praxis, sondern die Stoppuhr des jungen Akademikers entscheidet.

Die erste Aufgabe solcher Bureaus müßte sein, die Fehlerquellen festzustellen, die auf dem Gebiete von Stoff und Kraft liegen. Dafür würden auch die Arbeiter und Angestellten Verständnis haben. An der Ruhr gelten aber 95 Prozent der Arbeit dieser Bureaus der Bedingekontrolle mit der Stoppuhr. Die Betriebsbeamten setzen meist nur auf die Menge der Förderung, nicht auf die eigentliche Wirtschaftlichkeit. Der Lohn der Arbeiter und die Prämie der Angestellten sind auf die Menge abgestellt. Außer der Menge interessiert den Betriebsbeamten noch die Sicherheit, darüber hinaus geht es meistens nicht. Der Mann müßte wissen, wo jeder Schiennagel in seinem Revier sitzt, wo eine Schraube wiederholt verwandt werden kann, weil auf dem Gebiet des Materialverbrauchs viel zu sparen ist. Aber dazu müßten die Reviere viel kleiner sein. Durch richtige Organisation könnte viel an Selbstkosten und Löhnen gespart werden, wenn die Beratungsbureaus sich richtig einstellen wollten. Die Beschränkung auf die Stoppuhr ruft notwendigerweise Opposition hervor, die man vermeiden könnte.

Direktor Kraewel führte aus, daß dem Ruhrbergbau in dem Referat nichts Neues gesagt worden sei, solche Bureaus arbeiten im Gebiet schon lange. Statistik müsse gepflegt werden, sie dürfe aber nicht tote Wissenschaft bleiben. Mit der Beobachtung mittels der Stoppuhr dürfe die Aufgabe des Bureaus nicht erledigt sein. Es sei übrigens Gemeingut in Deutschland, daß man das Taylor System, wenigstens in seiner rohen Gestalt, nicht in Deutschland nachahmen könne. Wenn man mit den Mitteln, mit denen im Ausland vielfach noch gearbeitet werde, arbeiten wolle, müßte man 50 Prozent der Betriebe schließen. Trotzdem aber sei es nötig, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. An der Ruhr sei die Belastung durch Reparaturarbeiten außerordentlich groß. Sie betrage von der gesamten Lohnanspruch der Magerehle 8 Prozent, bei der Fettkohle 13-15 Prozent und bei der Gas- und Gasflammkohle 16-17 Prozent. Diesen Dingen müsse man mit Nachdruck zu Leibe gehen. Eine Gesellschaft mit 10 000 bis 12 000 Mann Belegschaft habe 2-4 Millionen Mark Aufwendung für Reparaturarbeiten. Hier seien eine ganze Anzahl Prozent zu sparen und 1 Prozent mehr 40 000 bis 50 000 Mark aus.

Der Bergerejaß belaste die Ruhrgruben außerordentlich. Man solle in Konferenzen sich mit dieser Frage beschäftigen, auch revierweise.

Bei dieser Stelle wie bei einer Stelle des Vortrags hatte man die Empfindung, als ob Unternehmer loskommen möchten von dem heute vorgezeichneten restlosen Bergeverjaß. Unsere Kameraden werden auf solche Tendenzen, die Wartenficherung und Bergmannsleben zu bedrohen geeignet sind, scharf aufmerksam müssen!

Die Einrichtung der Bureaus bringe auch noch die Gefahr mit sich, daß die Beweglichkeit und Entschlossenheit verantwortlicher Persönlichkeiten gehemmt werde.

Dr. Glinz machte darauf aufmerksam, daß bei der Feststellung der Selbstkosten Schema und Methode der Berechnung auf allen Werten verschieden sei. Selbst bei einem Vergleich vergleichbarer Kosten finde man auf einem Werk Unterschiede von mehreren hundert Prozent. So seien auch die gefundenen Werte der einzelnen Werte schlecht vergleichbar und schlecht allgemeine Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Es müßte endlich einmal eine Zentralstelle geschaffen werden, die festzustellen habe, nach welchen Grundfragen eine einheitliche Selbstkostenberechnung erfolgen könne, wie die Monatsübersichten aussehen sollen, usw.

Kamerad Martmüller führte aus: Arbeiter und Angestellte haben ein Interesse an der Durchsicht der Betriebsvorgänge, an der Aufdeckung von Fehlerquellen, an vernünftiger Rationalisierung. Es muß aber leider festgestellt werden, daß aus dem ganzen Ruhrgebiet einseitige Klagen kommen, wie man das Bedinge in großem Umfang nach der Stoppuhr festsetzt. Erst am Sonntag hörte ich auf einer Konferenz Berichte dieser Art, die geradezu außerordentlich sind. Mit der Beseitigung von Verfall, der Aufdeckung von Verlustquellen sind die Bergleute einverstanden, nicht aber mit der üblichen Bedingefestsetzung nach der Stoppuhr. Auf der fraglichen Konferenz wurde aber nicht nur über diese Bedingefestsetzung geklagt, sondern es wurden auch Beispiele gebracht, wie man in gutem Sinne Fehlerquellen aufdeckt, Verfall, z. B. in der Holzwirtschaft, vermeidet usw. Das ist ein Beweis dafür, daß die Bergleute für solche Methoden durchaus Verständnis haben, wenn sie im Interesse des Gesamtbetriebes liegen. Die Leistung kann man vielleicht mit der

Stoppuhr steigern, nicht aber die Wirtschaftlichkeit, denn Groß, der sich über schlaube Methoden festsetzt, mißt sich auf die Dauer unwirtschaftlich auswirken. Reparaturen werden nicht verringert und die Sicherheit wird nicht erhöht, wenn man so vorgeht. Wenn man die Stoppuhr vernünftig anwenden wolle und die Arbeiter sich nicht empfinden ließen, müßte das Bedinge auch mal erhöht werden, aber im großen und ganzen kommt bei der Arbeit des Stoppuhrmeisters nur Antreiberei und Gebieredruckung heraus, die nicht zu wahrer Wirtschaftlichkeit führt.

Dr. Herbig führte aus, daß die Beratungsbureaus an der Ruhr nicht einer dem Direktor gleichgestellten Person, sondern einer ihm untergebenen unterständen. Er halte das für einen Vorzug, weil darin ein Gegengewicht gegen zuviel Theorie liege. Mißgriffe müßten vorkommen, sie seien aber nicht allgemein. Die Einwendungen von Salbfell und Martmüller richteten sich nicht gegen das System, sie seien aber auch zum Teil nicht schlüssig.



begründet. Daß 95 Prozent der Arbeit der Bedingekontrolle geht, sei übertrieben, wenn auch schließlich alle Untersuchungen mehr oder weniger mit dem Bedinge zusammenhängen. Das Bedinge des Bedinges nach der geschickten Methode umfasse doch nur einen kleinen Prozentsatz. (Die Mittelungen, die wir in der „Bergarb.-Ztg.“ brachten, sprechen nicht für diese Behauptung. D. Red.)

Vor ein paar Jahren habe es immer geheißen: „Ihr macht ja das Bedinge wie Ihr wollt.“ Jetzt sei man bestrebt, die Sache zu „objektiveren“ und nun taue es auch nicht. Mißgründe sollten vermieden werden, aber auch der Arbeiter dürfe der Kontrolle kein Schnippschen schlagen. Es sei von Wichtigkeit, die Arbeiter zu überzeugen, daß die Kontrolle nicht gemacht werde, um sie in irgend einer Weise zu drücken, sondern man müsse sie davon überzeugen, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, wenn die Arbeit in dieser Weise gemacht werde. Die theoretische Arbeit solle möglichst viel Momente zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit schaffen.

Kamerad Martmüller antwortete darauf: Wir sind nicht Unterführer, nicht einmal der Stoppuhr zur Beobachtung bestimmter Arbeitsvorgänge. Ich kann keine Prozentzahl dafür angeben, aber ich weiß, daß in großem Umfang das Bedinge nach der Stoppuhr gemacht wird, und das Bedinge den Druck auf das Bedinge wirft.

Unscheinbare Unfallquellen.

Wenn man die neuere Literatur der Unfallverhütung kritisch unter die Lupe nimmt, so erkennt man, daß heute nach echt deutscher Gründlichkeit eine Art von Unfallverhütungshypnose das Feld beherrscht.

Auch im Bergbau spart man nicht an Wort, Bild und Geld, um der steigenden Unfallkurve zu Leibe zu rücken. Das ist alles gut und schön, aber es scheint doch, als würde man das Uebel doch nicht so gründlich an der Wurzel packen, wie es notwendig wäre.

Mit Recht wird immer wieder hervorgehoben, daß ein großer Teil der Unfälle im Bergbau auf die Schuld der Arbeiter zurückzuführen ist. Doch nicht immer sind diese Art der Unfälle auf das Konto des Leichtsinns oder der Nachlässigkeit der Betroffenen zu setzen.

Eine ganz wichtige Unfallquelle, die leider viel zu wenig beachtet wird, stellt der seelische Moment oder die geistige Verfassung des Arbeiters dar. Unfallgefahr und geistige Spannkraft des Arbeiters stehen in engster Wechselbeziehung. Die geistige Spannkraft des Arbeiters, die an sich schon durch die kapitalistische Wirtschaftsbearbeitung geschwächt wird, hat an sich schon durch die Entwicklung der letzten 14 Jahre ganz besonders stark gelitten. Das Leben und die Strapazen im Schichtgraben, die Glendjahre nach dem Kriege, die Inflation und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, alle diese Dinge haben auch die Herzen der Bergarbeiter in erheblichem Maße beeinflusst. Die verschärften Anforderungen an das Nervensystem der Bergarbeiter durch die weitere Mechanisierung des Bergbaues kommen auf der anderen Seite noch hinzu.

Die so geschwächten und stark beanspruchten Nerven der Bergarbeiter leiden doppelt unter den Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen Not, unter der die Bergarbeiter leiden. Ferner hat ein Teil noch außergewöhnlich unter den besonderen Einwirkungen der Wohnungsnot zu leiden.

Was hat die Wohnungsnot aus dem einst so bewußtlosen, liebesfreundigen Bergmannsstande gemacht? Verbittert und verflissen, jeder Berufsfreudigkeit beraubt, frönt der Bergarbeiter tief im Schöße der Erde, weil ihm die Faust der Not im Nacken sitzt. Und während die Gefahren der Tiefe ihn umdrängen, wandern seine Gedanken zurück in seine immer elender werdende Haushaltung, er denkt an die frühreifen, lebensernsten Blicke seiner Kinder, er denkt an den nächsten Abschlag, denkt an alles, das, obwohl bitter notwendig, doch zurückzuleiben muß — dann, um mit Otto Wohl-gemuth zu reden:

nicht gegen objektive Untersuchungen. Wir unterstützen aber auch lebhaft den Vorschlag von Dr. Glinz, den wir schon lange gemacht haben, endlich einmal zu einer einheitlichen Selbstkostenstatistik zu kommen.

Kamerad Meier führte aus: Auf eines muß noch aufmerksam gemacht werden: Wenn der Arbeiter bei seiner Arbeit mit der Stoppuhr kontrolliert wird, fühlt er sich dauernd beobachtet und strengt sich außergewöhnlich an. Dann wird das Bedinge auf Grund einer zeitlich übermäßigen Anstrengung festgesetzt, die dauernd nicht geleistet werden kann. Die Kontrollbeamten sollten deshalb objektiv die Arbeiter aufführen, daß während der Kontrolle von ihnen nur normale Arbeit verlangt wird. In den letzten Jahren verführte die Sorge vor Arbeitslosigkeit zu übermäßiger Anstrengung, fälschte so das Ergebnis der Untersuchung und drückte den Lohn.

Geheimrat Schwärzmann (Aachen) betonte, daß er schon immer für wissenschaftliche Betriebsführung eingetreten sei, die im holländischen Bergbau und in Amerika große Erfolge gehabt habe. Auch im deutschen Bergbau müsse man von den Faustregeln zu einer auf Erfahrung gegründeten Rechnungsweise kommen. Diese Rechnungsweise werde bedroht durch zuviel Theoretisieren. Man dürfe mit solchen Versuchen nicht die jüngsten Akademiker betrauen, sondern ältere Leute, die mit den Kameradskadern in richtiger Weise verhandeln, wie normale Arbeit das erfordert. Ueber Senkungsvorgänge im Bergbau sei man noch sehr im Unklaren, der Arbeiter nach dieser Richtung seien notwendig, sie sollten aber nicht benutzt werden, um das Bedinge zu drücken. Es fehle noch die Systematik in der Beobachtung des ganzen Betriebes.

Steiger Dahlhoff: Beobachtungen und Untersuchungen sind notwendig, aber die Kleinigkeit muß fortfallen. So stellt man mit der Stoppuhr die Dauer des Arbeitsvorganges auf dem Abort fest! Man registriert, wieviel der beste Arbeiter im Betrieb, in einer Minute leistet und setzt danach das Bedinge. Nicht solche Spitzenleistungen, sondern Durchschnittsleistungen sollten zugrunde gelegt werden. Die Leistung wird gesteigert, der Lohn nicht. Trotz Leistungssteigerung ist mein Gehalt um 60 Mark gefallen. Solche Kleinigkeiten müssen vermieden werden, denn sie rufen Opposition hervor und beeinträchtigen die Wirtschaftlichkeit.

Aus dem Bericht von Diplom-Ingenieur zur Medden über

Umgang

der Werkstoffbau und -Tagung für den Kohlenbergbau

ergibt sich, daß es bisher vielfach verkannt wurde, sich aber für den Bergbau ganz besonders wichtig, alle ortsbeweglichen Maschinen und Geräte unter dem Gesichtspunkt der Gewichtsverminderung immer wieder konstruktiv durchzuarbeiten, um die großen toten Lasten, die die Förderkosten der Kohle vermehren, immer weiter zu verringern. Um eine Tonne Kohle aus den heutigen Tiefen von 1000 Meter heraufzuführen, muß man 5 To. und mehr Totlast (Seil, Förderkorb, Wagen) mit-schleppen. Schon mit den gewohnten Werkstoffen lassen sich aber bei richtig angepaßter Konstruktion Gewichtsverminderungen der toten Last um 20 Prozent und mehr (also in dem angeführten Falle um ebensoviel, wie die Kohle selbst) erzielen — sehr viel mehr noch, wenn man, was hier und da möglich erscheint, zu Leichtmetallen übergeht. Die mittelbare Kostenverringerung überwiegt sehr häufig den unter Umständen höheren Preis des leichteren Werkstoffes um ein Vielfaches — eine Tatsache, die den Einkäufern der Gruben oft nicht recht in den Kopf will. Es brächte großen Gewinn, wenn die Werkzeuge (Bohrer, Schrämpfen usw.) überall vorrätigsmäßig, statt wie heute noch in der Regel, auf gut Glück in der Grubenschmiede gehärtet und geschliffen würden. Der ohne genaue Werkstoffkenntnis als unvermeidlich betrachtete Verschleiß gewinnt ein anderes Gesicht, wenn man z. B. erfährt, daß Eisen durch einen Zusatz von 0,2-0,3 Prozent Kupfer bei gleicher Festigkeit nur um 5-10 Prozent teurer wird, aber rund den doppelten Widerstand gegen Korrosion bietet. Eine wissenschaftliche Durchleuchtung der für den Verschleiß von Rädern und Schienen maßgebenden Eigenschaften der Stahlorten hat bereits heute Ergebnisse gezeitigt, die für den Bergbau Millionen betreffen. Es sind denn auch bereits Vorschläge vorhanden, die ganze Werkstofffrage revierweise durch besondere Ausschüsse und Werkstoffstellen methodisch zu fördern. Der Ausbau dieser Vorschläge verspricht große Vorteile für den Kohlenbergbau und die Allgemeinheit und ist deshalb nachdrücklich zu empfehlen.

Du sinnst und sinnst, ganz still bekannt — Du nimmst „Er“ die Haue dir aus der Hand!

Die seelische Depression, in der wirtschaftlichen Notlage des einzelnen zu suchen, die das Gleichgewicht der Familie, dieses ruhenden Nerven in der Erscheinung flucht, ins Wanken bringt, ist eine nicht den Genug zu nehmende Unfallquelle.

Wird so auf der einen Seite durch geistige Verwirrung infolge der wirtschaftlichen Not der Sinn für die Unfallgefahr abgelenkt, so wird auf der anderen Seite in vielen Fällen der Verzweiflungsmut des Arbeiters gewedt, den der Fachmann unter dem Namen „Wühlen“ kennt. Auch hier wird in dem Bestreben, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen, das Schicksal zu meistern, höhere Löhne unter allen Umständen zu erzielen, sich vielfach über die elementarsten Gesetze der Grubensicherheit hinweggesetzt. Dann wird unter der Parole: „Kohlen, Kohlen und nochmals Kohlen!“ so lange gewühlt, bis eines Tages das Schicksal über den Wähler hereinbricht.

In Tausenden von Fällen tritt die Wohnungsnot als besonders scharfe Form der Unfallquelle auf. Heute, wo besonders die jungen und kräftigen Dauer als jungverheiratete Menschen notdürftig in einem oder, wenn es hoch kommt, in zwei Zimmern untergebracht sind, wie kann der Mann, wenn er die Nachtschicht hat, in der er sich schon die Schärfe des Geistes getrübt und daher doppelte Vorsicht am Plage ist — wie kann ein solcher Mann fröhlich und ausgerührt seine Arbeit verrichten, wenn er in einem Zimmer schlafen soll, in dem oder neben dem die Frau mit den Kindern hantiert? Auch der Unfallverhütungskalender für 1928 sagt: „Zu kurze Nachruhe der Unfallverhütungskalender“ Wie kann aber der junge Bergarbeiter morgens erschöpft zur Arbeit erscheinen, wenn er noch vor Ort das Geschrei des zahnenden Kindes in den Ohren hat? Jede Kinderkrankheit, der der Bergmann in der engen Notwohnung nicht entrinnen kann, erhöht die Lebensgefahr des Ernährers.

Darum darf sich die Unfallverhütung nicht allein auf die Verbesserung der Betriebsverhältnisse, nicht auf Aufklärung und Belehrung allein beschränken, sondern diese Unfallverhütungsmaßnahmen müssen Hand in Hand gehen mit einer Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter und einer grundlegenden Hebung der Wohnungsnot.

Nur dadurch ist es möglich, dem Bergarbeiter die geistige Frische, die seelische Spannkraft zu gewährleisten, ihm die Berufsfreudigkeit und Zufriedenheit zu geben, die er bei seinem schweren Berufe, bei der Befämpfung der ihn umgebenden Gefahren im Dunkel der Tiefe so notwendig gebraucht.

Die Verhältnisse im ober-schlesischen Bergbau.

Auf der Revierkonferenz für Oberschlesien am 29. Januar 1928 führte der Bezirksleiter Kossahl u. a. aus:

Die Verhältnisse im ober-schlesischen Bergbau haben sich recht eigenartig entwickelt. Bei allen Verhandlungen haben die Unternehmer die jeweiligen Forderungen abgewiesen, weil das ober-schlesische Revier angeblich nicht rentabel genug arbeite. Daß das Gegenteil der Fall ist, zeigen die vorliegenden statistischen amtlichen Unterlagen für die einzelnen Reviere.

Die Produktion für Steintohle belief sich im 3. Vierteljahr 1927 in Oberschlesien bei einer Belegschaft von 53 062 Mann auf 1 680 593 T., in Niederschlesien bei einer Belegschaft von 28 165 Mann auf 510 206 T., im Ruhrgebiet bei einer Belegschaft von 387 900 Mann auf 10 130 155 T. Das ergibt pro Kopf eine Durchschnittsleistung für Oberschlesien von 31,67 T., für Niederschlesien 18,11 T. und für das Ruhrgebiet 26,11 T. Aus diesen amtlichen Zahlen, die auch die Unternehmer nicht leugnen, ergibt sich, daß die angebliche Faulheit der ober-schlesischen Arbeiter erlogen ist.

Man müßte annehmen, daß die Arbeiter danach bezahlt werden. In Wirklichkeit aber betragen die durchschnittlichen Schichtlöhne ebenfalls für das 3. Vierteljahr in Oberschlesien 6,04 M., in Niederschlesien 5,93 M. und im Ruhrgebiet 8,15 M. Auch im Verfahren von Ueberschichten können sich die ober-schlesischen Grubenunternehmer nicht beklagen. Während in Oberschlesien pro Kopf im Durchschnitt 3,1, in Niederschlesien 2,2 Ueberschichten verfahren werden, sind es im Ruhrgebiet 1,5.

Man versteht also sehr gut, den ober-schlesischen Bergmann auszubeknen. Der Medner ging dann auf das im deutsch-polnischen Handelsvertrag zu gewährende Kohlenkontingent an Polen ein und betonte, daß die ober-schlesische Bergarbeiterschaft alle Veranlassung hat, sich mit den Vorgängen zu beschäftigen. Bezirksleitung und Hauptvorstand des Verbandes haben in diesen Fragen wiederholt mit den zuständigen Stellen verhandelt.

Während man ursprünglich glaubte, daß nur ein Kontingent von 100 000 T. in Frage käme, haben sich die Zahlen heute geändert. Polen hat ein Interesse an einer möglichst hohen Ausfuhr seiner Agrarprodukte und der Kohle. Schon der englische Streit zeigte, daß ihre Geschäftspolitik falsch war. Sie haben die früheren englischen Märkte verlor, anstatt den Inlandmarkt zu stärken, ein kurzfristiges gutes Geschäft einer dauernden Belebung vorgezogen. England hat unter erheblichen Regierungszuschüssen versucht, seine Kohlenmärkte wiederzugewinnen. Bei den Verhandlungen um den deutsch-polnischen Handelsvertrag haben die Polen, soweit Agrarprodukte in Frage kommen, ihre Forderungen auf ein Viertel zurückgeschraubt, verlangen aber ein höheres Kontingent für nach Deutschland auszuführende Kohle. Man nennt die Tomengzahl, die aus dem früheren Ost-Oberschlesien in das Reich ging, nämlich 500 000 T. Deutschland hat bis jetzt 200 000 T. angeboten. Jetzt hört man die Zahlen 350 bis 400 000 T. Das wird wohl auch, den aus Warschau kommenden Nachrichten zufolge, das Wahrscheinliche sein.

Die Gewährung eines derartigen Kontingents bedeutet für 11 000 Mann Arbeit und stellt einen beträchtlichen Teil dessen dar, was Deutsch-Oberschlesien produziert. Die unausbleiblichen Folgen wären sechs bis sieben Fehlschichten monatlich oder Entlassung von 12 bis 14 000 Bergarbeitern. Der Verband hat deshalb die bekannte Entschliessung eingebracht, in der gesagt wird, daß Entlassungen, soweit sie unvermeidlich sind, zunächst für die polnischen Arbeiter Anwendung finden und daß diese Arbeiter sofort wieder von den polnischen Unternehmern eingestellt werden. Der Verband handelt damit im beiderseitigen Interesse der Arbeiter. So lange aber noch Ueberschichten verfahren werden, ist natürlich an Entlassungen nicht zu denken.

Die deutsch-polnische Kohlenfrage ist für die ober-schlesische Bergarbeiterschaft höchst bedenklich. Der Hauptvorstand ist auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden. Es ist anzunehmen, daß die polnische Kohle ihren Weg über Deutsch-Oberschlesien gehen wird. Und selbst die größten Patrioten werden sich nicht scheuen, die polnische Kohle der deutschen vorzuziehen. Die Polen sind in der Lage, nach Berlin die Tonne um 5 M. billiger zu liefern als wir. Die polnische Kohlenindustrie kann sich die Schlenkerpreise leisten, weil sie außerordentlich niedrige Löhne zahlt, die an Gemeinheit nicht zu überbieten sind. Die polnische Bahn erhält außerdem noch Regierungszuschüsse.

England führt gegen die polnische Kohle einen erbitterten Kampf. Nachdem die Regierungszuschüsse für die englische Kohle gefallen sind, haben die Polen den skandinavischen Markt durch Schlenkerpreise wiedergewonnen. Die Einzelheiten bezüglich der immer wieder verlangte internationale Regelung der Kohlenmärkte.

Der Medner streifte dann noch kurz das am 31. März ablaufende Mehrarbeitsabkommen und den am gleichen Tage ablaufenden Lohnvertrag, wozu der Verband noch wiederholt Stellung nehmen wird. Nachdem auch die deutsch-oberschlesischen Gruben dazu übergehen, Fehlschichten einzulegen, tritt die Frage der Entlassung heran. Man könnte als Norm die auf der Ludwigsglückgrube getroffene Vereinbarung ansehen, wonach zunächst die jüngeren polnischen Arbeiter, die Besitzer von Haus und Acker und schließlich die Doppelverdiener zu entlassen wären. Die Entlassung polnischer Arbeiter ist insofern gerechtfertigt, als gerade sie sich außerordentlich schädigend auswirken.

Zum Schluß wies der Medner auf die schlechten Lebensverhältnisse in den polnischen Revieren hin, in denen es aller Voraussicht nach zu schweren Kämpfen kommen muß.

Kamerad Franz nahm ebenfalls das Wort und stellte fest, daß die von den Kommunisten vertretene Ansicht, ein Bürgermeister habe nicht mit dem Arbeiter zu sprechen, nicht revolutionär ist, sondern spießbürgerlich. Er vertrete nach wie vor die Interessen der Arbeiterschaft, die ihn nur auf einen anderen Posten gestellt hat. Der Medner warnte die sich gegen einige Vorwürfe, die ihm in seiner kommunalpolitischen Tätigkeit von den Kommunisten gemacht werden, die das Stadtparlament für Lohnverhandlungen benutzen. Die Behauptung, daß er im Magistrat gegen höhere Löhne der Gemeindefunktionäre gesprochen habe, ist von den Kommunisten erlogen. In der Frage des Kohlenkontingents mit Polen billigte er die Stellungnahme der Bezirksleitung. Er wies besonders noch auf die Tatsache hin, daß die polnischen Chauvinisten im Abstimmungsstempel den ober-schlesischen Bergarbeitern bessere Verhältnisse versprochen haben, sie sollten das jetzt beweisen. Der Konkurrenzampf der Kohle wird auf dem Rücken der Arbeiterschaft angetragen, die ein Interesse an der Milderung hat. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen ist es notwendig, die Arbeiter zu befeuern, aber das wird nicht durch Betriebsrätekonferenzen erreicht.

Die Entgegnungen des Kameraden Franz auf die kommunistischen Verdächtigungen und Forderungen wurden von der Versammlung mit anhaltendem Beifall aufgenommen.

Massenentlassungen in Oberschlesien.

Das Kohlenkontingent für Polen scheint seinen Schatten vorauszuwerfen. Die Bergwerke der Verwaltung hat bereits auf der Hedwiggrube 400 Mann und auf der Ludwigsgrube 160 Mann gekündigt. Auch auf der Karften-Zentrum-Grube wurden 600 Kündigungen vorgenommen. Unsere Verbandsleitung hat bereits Schritte eingeleitet, um das Schlimmste von den ober-schlesischen Bergarbeitern zu verhindern.

Vorkonferenz der Ruhrknappschaff am 29. Februar 1928.

Um die Schwierigkeiten zu beheben, die sich bei der Abgabe von ärztlichen Gutachten bei der Invaldisierung nach der Reichsversicherungsordnung dadurch ergeben, daß der Arzt nicht immer unterrichtet ist, wieviel das reichsgesetzliche Drittel, das der Antragsteller nicht mehr zu verdienen imstande sein soll, im Geldbetrage ausmacht, beschloß der Vorstand, die Kosteten anzumelden, den Lohn des jeweiligen Antragstellers, der ihm nach der Lohnordnung des Tarifvertrages zusteht, auf dem Antrag auf Invaldisierung zu vermerken. Bei der Invaldisierung von Witwen wird als reichsgesetzliches Drittel eine Summe von 37 bis 40 M. monatlich angenommen. Sofern also eine Witwe nicht imstande ist, 37 bis 40 M. monatlich zu verdienen, muß sie die Witwenrente aus der Invaldisenversicherung zuerkannt bekommen.

Die Einführung der Bergarbeiter in die verschiedenen Lohnklassen der Invaldisenversicherung erfolgt bei der Ruhrknappschaff in Zukunft nach dem wirklich verdienten Lohn der in Frage kommenden Arbeiter ähnlich wie in der Pensionsversicherung. Die Uebersicherung, von der bisher 5 bis 6 Prozent der Belegschaft dadurch betroffen wurden, daß deren Einstufung in eine höhere Lohnklasse erfolgte, als es ihrem Verdienst entsprach, fällt somit fort.

Familienhilfe für die Angehörigen der Invaldisen und Witwen, für die der besondere Beitrag von 1,50 M. monatlich gezahlt wird, kann nur dann gewährt werden, wenn die Berechtigten sich innerhalb der Kurspengel der Ruhrknappschaff ausbilden. Für Angehörige außerhalb der Kurspengel können die Kosten nicht übernommen werden, da sonst der Beitrag von 1,50 M. nicht im entferntesten zur Deckung der Ausgaben ausreichen würde.

Die Kostordnung der Knappschaffskrankenhäuser hat eine Änderung infolgedessen erfahren, als an Stelle von Margarine gute Butter als Brotbestand verabreicht und die tägliche Fleischportion von 200 auf 250 Gramm erhöht wird.

Jahrestagung des Bezirks Köln.

Im Volkshaus in Köln fand am Sonntag, dem 29. Januar, eine Jahrestagung statt, die sich mit folgender Tagesordnung befaßte: 1. Bericht über das Jahr 1927. 2. Wahl der Bezirkskommission. 3. Bericht über das bisherige Ergebnis der Bestrebungen zum Lohnausgleich.

Kamerad Kochmann führte in seinem Jahresbericht u. a. folgendes aus: Es kann heute nicht mehr bestritten werden, daß das Jahr 1927 ein Jahr der Hochkonjunktur war. Sowohl in der Eisenindustrie wie auch im Bergbau ist eine ganz gewaltige Steigerung der Produktion zu verzeichnen. Besonders im Bergbau ist die Förderung von Steintohlen gegenüber 1926 gewaltig gestiegen, trotzdem die Belegschaft ständig abgebaut worden ist. Nach dem Bericht des Reichsstatistikamtes wird die gesamte Förderung ungefähr 150 Mill. T. betragen und das Jahr 1926 weit überholen.

Auch im unter-schlesischen Braunkohlenbergbau ist die Förderung noch weiter gestiegen. So ist eine Steigerung der Monatsförderung von 1 695 000 T. im Jahre 1913 auf 3 777 000 im Jahre 1927 zu verzeichnen. Im Jahre 1927 dürfte mithin die Gesamtförderung bald 45 Mill. T. betragen. Die Rationalisierungsmaßnahmen haben es mit sich gebracht, daß die Belegschaft immer weiter abgebaut wurde. Diefelbe beträgt heute ungefähr 15 000 Mann. Hier muß festgestellt werden, daß die Rationalisierung fast nur den Werksbesitzern zugute gekommen ist. Die Arbeiter wurden nur mit Entlassungen bedacht. Trotzdem war es uns möglich, einzelne Erfolge für die Bergarbeiter herauszuholen. Im Braunkohlenrevier erfolgte im Juni eine Lohnerhöhung von 5 Prozent und ab 1. Oktober von einem weiteren Prozent. Bei der Verhandlung der Arbeitszeitfrage ist es uns gelungen, die Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden ab 2. Januar 1928 herabzusetzen. Leider war es uns nicht möglich, den so notwendigen Lohnausgleich zu erringen.

Außerdem gelang es uns, eine ganze Reihe von Verbesserungen im Rahmen der herbeizuführen, u. a. auch die Einführung eines Urlaubs von drei Tagen für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren. Im rechts- und links-schlesischen Erzbergbau lagen die Verhältnisse noch schwieriger, weil auch im Jahre 1927 die Wirtschaftslage des Erzbergbaues eine gedrückte war. Trotzdem war es uns auch hier noch möglich, Verbesserungen für die Arbeiter herbeizuführen. Auch hier konnten die Löhne von 6,30 auf 6,50 M. erhöht werden, trotzdem die Werksverwaltungen jedesmal eine zehnprozentige Herabsetzung der Löhne verlangten. Ferner konnten einige Bestimmungen im Rahmen der Tarifverbände werden. Für die jugendlichen Arbeiter gelang die Einführung von 3 Tagen Urlaub.

Die Agitation im Bezirk war im Berichtsjahr eine recht regere. Alle Ortsverwaltungen taten ihre Pflicht. Aufgenommen wurden: im 1. Vierteljahr 389, im 2. Vierteljahr 277, im 3. Vierteljahr 645 und im 4. Vierteljahr 234 neue Mitglieder. Abgehalten wurden: 168 Zahlstellenversammlungen, 28 Belegschaftsversammlungen und 45 öffentliche Versammlungen. Es ist nun dringend erforderlich, daß die Funktionäre unseres Verbandes in der Agitation nicht erlahmen, denn wird es uns auch möglich sein, im Jahre 1928 weitere Erfolge für Bergarbeiter buchen zu können.

Die Tätigkeit auf dem Gebiet des Rechtschutzes geht aus folgenden Zahlen hervor. Rechtschutzerteilung: Arbeiterverfasser 785 Personen, Arbeits- und Dienstvertrag 145, Betriebsrätegesetz (Beschlußverfahren) 21, Bürgerliches Recht und Diverfes 263, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 72, Straf-, Vereins- und Verammlungsrecht 46, Arbeiterbewegung 16 Personen, angefertigte Schriftsätze 1351. Als erfolgreich wurden 407 Fälle gemeldet.

An Barbeträgen sind durch Rechtschutz im Jahre 1927 für die Mitglieder herausgeholt worden: in Lohnfragen 2506,25 M., nach § 87 des Betriebsrätegesetzes 2121 M., Nachzahlung an Knappschaffrenten 4086 M., Nachzahlung an Reichsrenten 3760 M., Unfallrenten 3184 M., Wohlfahrtsunterstützung 1206 M., Arbeitslosenunterstützung 846 M., an Steuerbeträgen 4148,30 M., zusammen 21 860,75 M.

Außerdem sind 1927 folgende Vertretungen von uns übernommen worden: an den Gewerbe- und Arbeitsgerichten 76 Vertretungen, an Knappschaffs-Oberversicherungsamt 26, an sonstigen Oberversicherungsämtern 12, an Verordnungsgerichten 11, an den ordentlichen Gerichten 29, zusammen 154 Vertretungen.

Kamerad Schmidt ging dann auf die Jahresabrechnung ein und stellte fest, daß, wenn auch noch manches zu wünschen übrig bleibt, sich das Abrechnungswesen der Zahlstellen im Jahre 1927 gebessert habe. Allerdings müßte festgestellt werden, daß ein Teil der Mitglieder nicht den Beitrag zahlen, den sie auf Grund ihres Lohnes zahlen müßten. Es ist notwendig, daß auch hier eine Besserung eintritt. Auch ist es dringend notwendig, daß für die Abrechnungen die hierzu vorliegenden Formulare genau ausgefüllt werden, damit die Bezirksleitung über alle Vorgänge genau unterrichtet ist. Leider müßte festgestellt werden, daß die vom Vorstand ausgeschriebenen Extramarken im Bezirk Köln bisher sehr mangelhaft abgeholt worden sind. Bei Unterhaltungsabrechnungen müssen dieselben jetzt von der Unterstützung in Abzug gebracht werden. Kamerad Simon gab anschließend eine Uebersicht über die Möglichkeiten und bisherigen Schritte, welche in bezug auf den Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung geschaffen werden mußten. Leider ist es bisher durch das Verhalten der Arbeitgeber nicht möglich gewesen, in dieser Frage einen Ausgleich zu finden. Auch von der Tätigkeit des Schlichters ist in dieser Frage nicht viel zu hoffen. Es müßte weiter gerüstet werden, damit bei Ablauf der Lohn- und Arbeitszeitfrage ein Erfolg für die Bergarbeiter erzielt werden kann.

Arbeiterversicherung

Verlängerung des Abkommens mit der Spółka Bracka betreffend Anerkennungsgebühzahler

Der Vorstand der Reichsknappschaff hat in seiner letzten Sitzung vom 19. Januar 1928 beschlossen, daß die Frist zur Zahlung von Anerkennungsgebühren zur Erhaltung von Anwartschaften für Versicherte, die früher der Pensionskasse Spółka Bracka angehört haben und in Deutschland wohnen, bis zum 31. Dezember 1928 verlängert wird.

Das gleiche findet statt für ehemalige Mitglieder deutscher Knappschaffsvereine (Reichsknappschaff), die ihren Wohnsitz in Polen haben, solange nicht durch gegenseitiges Uebereinkommen beider Regierungen eine Regelung stattfindet.

Können Renten gepfändet oder verpfändet werden?

Nachfolgend sind die Fälle verzeichnet, in denen Renten oder Pensionen gepfändet oder verpfändet werden können.

1. Reichs- und Unfallrenten auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Nach § 119 des Gesetzes kann Pfändung erfolgen:

- a) wegen eines Vorwurfs, den der Berechtigte auf seine Ansprüche vor Anweisung der Leistungen vom Arbeitgeber oder dem Organe des Versicherungsträgers oder einem seiner Mitnieder erhalten hat;
- b) zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht nach § 850 der Zivilprozessordnung;
- c) wegen Forderung der Gemeinden, Armenverwaltungen, Arbeitgeber und Kassen für Unterstüßungen, aber nur in gesetzlicher Höhe, während einer Zeit, wo der Berechtigte Anspruch auf Rente hatte (s. u.);
- d) für rückständige Beiträge, die aber nicht länger als drei Monate fällig sein dürfen.

Ausnahmsweise kann der Berechtigte mit Genehmigung des Versicherungsamtes die Rente ganz oder teilweise auf andere übertragen.

2. Nach § 91 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 27. Mai 1924 kann die Pension oder das Ruhegeld verpfändet oder gepfändet werden:

- a) wegen eines Vorwurfs, den der Berechtigte auf seine Ansprüche vor Anweisung der Leistungen vom Arbeitgeber oder der Reichsversicherungsanstalt erhalten hat;
- b) zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht nach § 850 der Zivilprozessordnung;
- c) wegen Forderungen der erbsberechtigten Gemeinden, Fürsorgeverbände sowie der an deren Stelle tretenden erbsberechtigten Arbeitgeber, Erbschaften und Versicherungsträger

der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung, aber nur in gesetzlicher Höhe;

- a) für rückständige Beiträge, die aber nicht länger als drei Monate fällig sein dürfen.

Auch hier kann der Berechtigte mit Genehmigung des Versicherungsamtes den Anspruch ganz oder zum Teil auf andere übertragen.

3. Nach § 224 des Reichsknappschaffsgesetzes vom 1. Juli 1926 ist Pfändung bzw. Verpfändung möglich:

- a) wegen eines Vorwurfs, den der Berechtigte von Arbeitgeber der Knappschaff oder bei der besonderen Krankenkasse auf seine Leistungen vor der Anweisung gewährt wurde;
- b) zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht nach § 850 Abs. 1 der Zivilprozessordnung;
- c) wegen Forderung der erbsberechtigten Gemeinden, Armenverwaltungen, Arbeitgeber und Kassen für Unterstüßungen, aber nur in gesetzlicher Höhe, während einer Zeit, wo der Berechtigte Anspruch auf Rente hatte;
- d) für rückständige Beiträge, die aber nicht länger als drei Monate fällig sein dürfen.

Der Berechtigte kann mit Genehmigung der Gemeindebehörde die Pension ganz oder teilweise auf andere übertragen.

4. Das Verpfändungsgesetz vom 12. Mai 1920 in der Fassung vom 31. Juli 1925 bestimmt in § 68, daß die Rentenbezüge übertragen, verpfändet oder gepfändet werden können:

- a) für Darlehen oder Vorwüsse der Versorgungsstellen, Gemeinden, Armenverbände oder anerkannten gemeinnützigen Einrichtungen;
- b) zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht;
- c) bei einem Anspruch des Reiches auf Rückzahlung zu Unrecht erhobener Versorgungsgebühren;
- d) wegen Anspruch einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft auf Rückzahlung einer nach gesetzlicher Verpflichtung gewährten Leistung.

Der Versorgungsberechtigte kann den Anspruch auf Versorgungsgebühren mit Genehmigung der Hauptfürsorgestelle ganz oder zum Teil auf andere übertragen, jedoch ist in den obigen Fällen auch dann die Pfändung zum vollen Betrage nicht immer möglich, sondern gewissen Voraussetzungen unterworfen (§§ 68 bis 71 des Gesetzes).

In den Fällen c zu 2, 3 und 4 sind die Kürzungen nur in gesetzlicher Höhe zulässig, d. h. die Forderungen können geltend gemacht werden bei rückständigen Rentenbeträgen bis zu ihrer vollen Höhe, bei laufenden Renten nur bis zur halben Höhe.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß nach § 850 der Zivilprozessordnung vom 13. Mai 1924 die Bezüge nur insoweit gepfändet werden können, als sie nicht zur Bestreitung des notwendigen Unterhalts des Berechtigten und zur Erfüllung der ihm obliegenden gesetzlichen Unterhaltspflicht gegenüber seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau nötig sind.

Beachtenswert ist, daß für Warenschulden bzw. Forderungen eine Pfändung oder Verpfändung vorstehend bezeichneten Renten bzw. Pensionen nicht zulässig ist.

Haus und Leben

Grube Speckbach.

Kumpel Hans Hollerblüh rauchte den ganzen Tag die Pfeife, das war nun seine einzige Beschäftigung. Er hatte auf dem Heimweg von der Grube sich im Finstern den Fuß gebrochen. Wenn nur erst wieder heiß wäre! Denn das Kränkliegen — das ist dir doch kein Leben! Überhand Grillen kommen dir in den Kopf — du bist dir selber im Wege — du magst dich nicht — und du magst keinen anderen. Wäre nicht die Pfeife gewesen — wahrlich, der Eisensteinkumpel Hans Hollerblüh wäre des Lebens völlig überdrüssig geworden, hätte vielleicht gar an Selbstmord — Hoho, so weit sind wir nun aber doch noch nicht! Die Uhr an der Wand sagt Tick-tack, draußen auf der Dorfstraße schnattern die Gänse — und — wahrhaftig — die Sonne bricht durch — auf der Holzdielen der Bergmannsstube tanzen kleine lustige Sonnengeister — Februar — bald kommt der März. Ach, dann geht der Hans Hollerblüh längst wieder auf Grube. Das Kränkliegen ist nix! Der verfluchte Fuß. Ein komplizierter Knochenbruch. Schuld aber ist die Finsternis — der dunkle Weg hin und her zur Grube Speckbach. Hans Hollerblüh ist ein Speckbach-Kumpel.

Grube Speckbach liegt nur eine halbe Stunde von Eisendorf entfernt. Du gehst erst die Chauffee — und wo dann der rote Bach aus einem Seitental in den Rästelgrub einmündet, dort zweigt sich von der Chauffee der Weg nach Grube Speckbach ab. Ein schöner Weg bei Tage — romantisch — rot schäumt über braune Bergsteinklippen der Speckbach. Links und rechts steilen kühnen die Felsenwände, hier und da mit Tannen bewachsen, der Eisenstein zur Bronzefarbe verwittert. Im Gebüsch singt schon das Rotkehlchen. Februar!

Ein schöner Weg bei Tage, wenn es nicht regnet. Regnet es aber, dann verfinstert du bis an die Knochen im Dred. Und friert der Dred dann — so ist der Weg zur Grube Speckbach die reinste Fußfalle. Gefährlich bei Tage — entsetzlich bei Nacht.

Und so war es gewesen, es hatte gefroren, abends spät waren die müden Kumpels von der Grube gekommen, es war finstern — finstern, finstern, kein Stern und kein Mond schien. Eine lange Reihe, einer hinter dem andern — so marschierten die Kumpels — vorneweg der Hans Hollerblüh — bis, bis, bis — ja, bis der Hans über den Schrei tat — und rechtsüber umfiel. Der Fuß war gebrochen. Droben überm Tale, auf der alten Ruine Greifenklau, schrie die Gule: Unglück! Unglück! Unglück!

Und — wie gesagt — nun raucht der Hans den ganzen Tag über die Pfeife — weiter ist da gar nichts zu machen. Gebuld — bis der Fuß heil wird.

Ist da an der ganzen Sache wirklich gar nichts zu machen? Dummerkeil, das wollen wir doch mal sehen! Und als die Kumpels unten in der Grube ihren Kaffee tranken und ihr Margarinebrot aßen, da schwirrten diese Worte durcheinander: Höret! Es ist ein Standa, wo bricht dir im Dunkeln die Knochen taput! — Für den armen Mann haben sie kein Licht über. — Der Direktor hat in seinem Speiseaal zwölf helle Lampen brennen. — Sechs würden für unseren Weg genügen. — Sagt es ihm doch mal! — Wer soll's tun? — Schweigen. — Dann aber brummt der Obmann, der alte graue Fritz Weil: Ich will's tun! Morgen frühe gehe ich hin.

Und Fritz Weil hielt Wort. Er ging zur Villa des Herrn Grubendirektors. Ein schönes weißes Haus an der Chauffee: unten Bureau, oben Herrschaftswohnung. Die Tücher spielen Klavier — und wenn der junge Herr von Sohn von der Univerität daheim ist, dann spielt er zum Piano der Schwestern die silberne Klöte.

Fritz Weil ist im Bureau: Herr Direktor, ich komme im Auftrag der Belegschaft — Sie wissen von dem Unglück unseres Kameraden Hans Hollerblüh — Der Direktor: Der Mann hätte auch 'n bißchen vorsichtiger sein können. — Fritz Weil: Sie, Herr Direktor, Sie haben leicht reden, Sie fahren Auto — Der Direktor: Heiterparnis, Heiterparnis — ich bin für alles verantwortlich, muß überall sein. — Der Kumpel: Wichtig, Herr

Direktor, ich halte Sie beim Worte, Sie sind für alles verantwortlich! Und darum bittet die Belegschaft der Grube Speckbach — Der Direktor: Was — was woll'n Sie denn? — Der Kumpel: Licht! Lassen Sie von der Chauffee bis zur Grube hin Lichtanlage für sechs Lampen führen — damit wir uns bei Nacht und Nebel nicht wieder die Kniee oder gar den Hals brechen.

Brief der Direktion von Grube Speckbach an die Generaldirektion des Eisenkonzerns in Essen: „Die Belegschaft fordert eine Beleuchtungsanlage von der Chauffee bis zur Grube. Ich bitte um Verhaltungsmaßregeln. Der Grubendirektor.“

Brief von der Generaldirektion an die Unterdirektion: „Ihr Schreiben wegen Beleuchtungsanlage wird in beizeitenem Sinne beantwortet. Die Grube Speckbach erfordert folgende Zusätze aus der Hauptklasse — sie ist unrentabel, und somit kommt eine Neuerung, und gar eine Beleuchtung außerhalb des Grubengeländes überhaupt nicht in Frage. Das ist Sache der Gemeinde. Punktum! Schluß. Der Herr Ober-Direktor.“

In Eisendorf ist Gemeinderatsabstimmung im kleinen, schiefen Rathaus. Der Arbeiterdeputierte Fritz Weil fordert: Laßt uns eine Beleuchtungsanlage für den Fußweg zur Grube Speckbach bauen. Ihr wißt — Hans Hollerblüh muß den ganzen Tag über liegen und rauchen. — Die Bauerndeputierten: Jaha, jaha — das ist wohl schlimm mit dem Hans seinem Fuß — aber Licht? Das ist Sache des Kreises.

Und der Kreis entschied: Das Licht? — das ist Sache des Staates. Und der Kreis entschied: Licht? — das ist Sache der Regierung. Und die Regierung lächelte: im Parlamente wird das Licht!

Eisendorf. Abends. Heute war Jahrtag bei den Bergleuten. Was humpelt da zu Dritt die Straße herauf? Drei Kumpels — in der Mitte der Hans Hollerblüh, die zwei Kameraden stützen ihn. Wohin, Kollegen? — Ins Birntshaus. Wir wollen einen trinken.

Im Birntshaus, „Eiserne Hand“. Zwei kleine gelbe Birnen brennen in blauem Rauch. Und die sechzig Kumpels in eifrigem Gespräch: Abgelehnt! — Das Licht kommt nicht. — Aber wartet, ihr hohen Herren in den Städten, die Wahlen kommen. Wir Proleten werden euch ein Licht aufsteden, an dem ihr faulen Besitzhrohen euch die Flügel verbrennt. — In den Parlamenten soll es brennen: Wahljahr! Lichtjahr!

Der Hans Hollerblüh aber war überglücklich. Seine Kameraden hatten ihn heute abend mit ins Birntshaus genommen — schön war das — sie hatten ihn am Jahrtag, der für ihn kein Jahrtag gewesen war — nicht im Stich gelassen. Und sein Fuß, der würde gerächt werden — sein kranker Fuß würde also doch nützen: es wird Licht in den Parlamenten, zu den Wahlen rechnen wir ab! Und es war dem Hans Hollerblüh, als ob aus seinem auf einem Stuhle liegenden Fuße eine gute Kraft strahle. Das war der Glaube an eigene Können — sind unsere politischen Führe heute krank, so werden sie nach der Wahl gesund sein. Wir Proleten werden einen geistigen Sturm auf tun: wir stürmen die Parlamentstafeln des bevormundenden, rücksichtslosen Herren-tums. Notes Licht über Land und Volk!

Max Dortu.

Von der Sklaverei zur Selbstbestimmung

Die Revolutionierung der Familie, die ihren sichtbarsten Ausdruck im Sinken der Kinderzahl findet, hat auch die Stellung der Frau grundsätzlich verändert. Die Frau war der erste Sklave, das menschliche Arbeitswesen, von der Natur scheinbar rettungslos in die zweite Klasse menschlichen Soldatenstandes versetzt. Körperkraft regiert die Welt. Das Los der Frau war kurze Blütezeit und dann endlose Schwangerschaften mit läglichem Verblühen und hilfloser wirtschaftlicher Gebundenheit an den Ernährer, dessen eigene Tugend die wirkliche Geschichte fast aller Fürstentümer, deutlicher noch das Blümlein „Männertreu“ seit unvorbestimmter Zeit kennzeichnet. Einst war die Ehe ihrer Idee nach ausschließliche Sexualgemeinschaft, zwangsläufige Kindergemeinschaft, Arbeits-, Besitz- und Erwerbsgemeinschaft. In allen drei Richtungen bricht das neue Werden alte Formen: Der Wert der Muskelkraft sinkt; der Wert der Nervenkraft steigt. Hier ist die Frau weit weniger unterlegen, an wichtigen Stellen sogar überlegen. Wer wird sie je wieder von der Schreibmaschine, aus den Bureaus, aus den Werkstätten verdrängen?

Beinahe schneller noch als die Möglichkeit wirtschaftlicher Selbständigkeit wuchs der noch die Frauengeneration der glühende Wille dazu. Ihr selbstverständlicher Mut im Anfassen all der manngeheiligten Leistungen war bewundernswert. Mit dem vollen Eintritt der Frau in die schaffende Arbeit hat die Menschheit ihre Leistungskraft um vielleicht ein Drittel erhöht. Die Frau gewann dabei unvergleichlich an Selbstempfinden und Leistungsfreude, und der Mann verlor nichts dabei — ausgenommen vielleicht die Herrschaft über seinen ältesten Sklaven. Die Vorbedingung für dauernde Volksgelung der Frau war nämlich die, daß Sexualgemeinschaft nicht mehr zwangsläufig Nachkommengemeinschaft sei. Damit wandelt sich die Geburt aus einem Schicksal in einen freien Willensentschluß. Will jemand ernsthaft bestreiten, daß die große Mehrzahl der Menschen zum mindesten beim ersten Entstehen sehr gegen den Willen der Eltern erschien? Geburt war nun allzu oft Schicksalsschlag. Die ökonomische Lage der Mutter wird heute mehr und mehr entscheidend. Ein Kind will wohl jede Frau, meistens auch zwei und manchmal drei. Aber das Duzend der Maria Theresia, die anderthalb Duzend der Mutter Lessing...?

Die zwangsläufige Nachkommenschaftsgemeinschaft schwindet; mit ihr, der furchtbaren Drohung einer jeden Liebesgriffenen Frau, in wichtigen Gesellschaftsschichten auch die Ausschließlichkeit der Ehe als Sexualgemeinschaft. Die „Zugendkrisis der bürgerlichen Frau“, von der Willy Sellpach spricht, wächst aus der wirtschaftlichen Eigenkraft der Frau. Die Ehe der Zukunft wird gegenseitige Gleichheit sein — oder sie wird sonst nicht sein. Den Reproduktionsausfall an Kindern ersetzt der Menschheit vorerst die Mehrproduktion von Frauenhand. Wollen kommende Generationen mehr Kinder, so werden sie die Eltern nicht mehr wie in aller Vergangenheit bestrafen, sondern belohnen, ja locken müssen. Die Kindermutter von gestern ist die Vollarbeitskraft von heute, die Besitzerin von morgen. Die Umwertung der Wirtschaftswerte bedeutet wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistige Aufwertung der Frau.

Prof. J. Hirsch.

Kameraden!

Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die



fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Ohrfeigen und ihre Folgen.

Durch Ohrfeigen sind schon wiederholt schwere Verletzungen angerichtet worden, diese bestehen in Durchlöcherung des Trommelfells mit Schwerhörigkeit. Sie können jedoch bei entsprechendem Verhalten wieder ausgeheilt werden. Daß eine Ohrfeige aber auch zu einer Hirnerweiterung führen kann und für den Verletzten wie für den Täter schwere Folgen haben kann, ist in der Erlanger Ohrenklinik beobachtet worden. Ein Schlosserlehrling, der sich widerpenig zeigte, erhielt von seinem Werkmeister mehrere Ohrfeigen. Diese führten zur Durchlöcherung des Trommelfells. Unglücklicherweise geriet nun beim Wajchen Wasser in das verletzte Ohr, worauf Schmerzen mit Schwerhörigkeit und Sausen auftraten. Die Mittelohrerweiterung führte nun trotz zweier operativer Eingriffe zu einer Eiterung im Schläfenlappen des Gehirns. Es gelang, den Eiter aus dem Gehirn zu entleeren. Der Kranke wurde wiederhergestellt. Es blieb jedoch neben Sprachstörungen auf dem linken Ohr eine hochgradige, an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit zurück. Der Werkmeister wurde zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt. Bei der Darstellung des Falles in der „Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin“ bemängelte Dr. Budreuf, daß die durch die Ohrfeige gefökte Verletzung mit den daraus sich ergebenden Folgen, nämlich der hochgradigen einseitigen Schwerhörigkeit, nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches nur als eine leichte Verletzung angesehen werden kann; es ist nicht zu rechtfertigen, daß der Verlust des Gehörs auf dem einen Ohr strafrechtlich geringer bewertet wird wie der Verlust der Sehkraft auf einem Auge. Es sollte daher eine Verderung des § 224 StGB nach dieser Richtung vorgenommen werden.

Aus der Zeitschrift: „Gesundheit.“
Unentgeltlich erhältlich an: den Schältern der Krankenkassen.

Zunahme der Männersterblichkeit.

In einer kürzlich erschienenen Schrift machte Sanitätsrat Dr. Rudolph Bandel (München) bemerkenswerte Mitteilungen über die Bevölkerungsbewegung und die Sterblichkeit in den drei bayerischen Großstädten München, Nürnberg und Augsburg. Es wird dort nachgewiesen, daß die Männersterblichkeit sich von der Mitte des Krieges ab vermindert hat und auch nach Beendigung des Krieges einen rapiden Abstieg zeigt. Diese Erscheinung beschränkt sich indessen nicht auf diese drei Großstädte, sondern erstreckt sich über ganz Bayern und das ganze Reichsgebiet. Dr. Bandel bringt sie in Verbindung mit dem Rückgang des

Alkoholgenusses. Die starke Verminderung der Erzeugung und des Verbrauchs geistiger Getränke in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit war die Ursache dieser in der deutschen Sterbestatistik einzig dastehenden Erscheinung. Die Wichtigkeit dieses Zusammenhangs wird durch den Umstand bestätigt, daß der Wiederanstieg der Biererzeugung von etwa 1921 an auch mit einem Wiederanstieg der Männersterblichkeit einhergeht, wie aus einer bis 1925 fortgeführten Statistik der drei Städte München, Nürnberg und Augsburg zu ersehen ist.

Besseres Brot!

Deutschland braucht jährlich ca. 7 Millionen Tonnen Mehl, wozu bei der üblichen Ausmahlung von 70 Proz. = 10 Millionen Tonnen Korn gebraucht werden. Vier Fünftel dieses Getreides baut Deutschland selbst, ein Fünftel (1926: 1,885 Mill. To.) führt es ein. Die Weizeneinfuhr im Wert von über 500 Millionen Mark wäre völlig überflüssig, wenn man unseren Mählprozeß modernisierte! Einer schon oft vertretenen Meinung, daß die heute noch fast allgemein gebrauchten Getreidehälmmaschinen nichts taugen, trat kürzlich auch der Leiter des staatlichen Instituts für Mählerei usw., Prof. Dr. Buchwalb, bei. Dieser Schälprozeß entfernt auf trockenem Wege nur einen geringen Teil der äußeren, holzigen Schale des Korns, der größere Teil geht mit in den Mählprozeß. Dieser bringt nur 65 bis 70 Prozent Mehl. Der Rest ist Kleie, Holzfaserteile, vermischt mit wertvollen vitaminhaltigen Kornbestandteilen.

Wenn an die Stelle des trockenen Schälverfahrens die Enthüllung des Korns auf nassem Wege, wie er beim Steinmehlverfahren angewandt wird, träte, würde man nur 10 bis 15 Prozent Kleie und 85 bis 90 Prozent wertvolleres Mehl erhalten. Dadurch allein könnte Deutschland sich von der gesamten Getreideeinfuhr freimachen.

Das Mehl nach dem Steinmehlverfahren ist allerdings nicht so „blütenreich“ herzustellen wie unser „Auszugmehl“. Das ist aber kein Nachteil, sondern ein Vorteil, da es viel wertvollere Nährstoffe enthält als das weiße Patentmehl. Wer Brot nach dem Steinmehlverfahren gegessen hat, wird den wohlthätigen Einfluß auf die Verdauung am eigenen Körper gespürt haben.

Da die Enthüllungsmaschinen für das Steinmehlverfahren für jeden größeren Mühlenbetrieb erschwänglich sind, sollten auch unsere Konsumbäckereien sich mit diesem Verfahren vertraut machen. Sie würden unserer Volkswirtschaft und der Gesundheit der Bevölkerung einen großen Dienst leisten.

Solidarität.

Solidarität ist ein fremdes, unzulängliches Rehwort für tiefinnerste-feelische-Erlebnisse des Proletariats, die der Darstellung spotten. Solidarität heißt: Alle für einen und einer für alle — heißt: Verlust der sicheren Stelle, Arbeitslosigkeit, Brotlosigkeit um der gemeinsamen Sache willen. Solidarität heißt unermüdlige, aufopfernde Kleinarbeit an den Organisationen des Proletariats: geopferte Sonntags- und Feiertagsstunden, Nacharbeit im Interesse der Organisation nach mühseliger Tagesleistung im kapitalistischen Betrieb. Solidarität heißt Gefängnis, Verbannung um der Genossen willen, heißt Tod auf der Barrikade. Solidarität heißt Verzicht auf höchste Akkordleistungen um der minder Tüchtigen willen, heißt Einrichtung eines Gruppenakkordes, so, daß auch die Schwächeren allenfalls bestehen können. Alles, was der Arbeiter empfindet an Treu und Glauben für seine Klassen-genossen, an Opferfreudigkeit um der gemeinsamen Sache willen, liegt in diesem Wort beschlossen.

Aus dem Buche von Gertrud Hermes: „Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters.“ Verlag von J. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1926.

Zahnarzt-Anekdoten.

Eine gefährliche Sorte.

„Sagen Sie, man hört doch jetzt so viel von den Fretentisten, was mögen das für Leute sein?“
„Fre Dentisten? Na, ich denke: wahnsinnige Zahnärzte!“

Ein Vorsichtiger.

Der Patient soll chloroformiert werden. Während der Assistent das Betäubungsmittel vorbereitet, zieht der Patient eine sehr umfangreiche Brieftasche heraus.

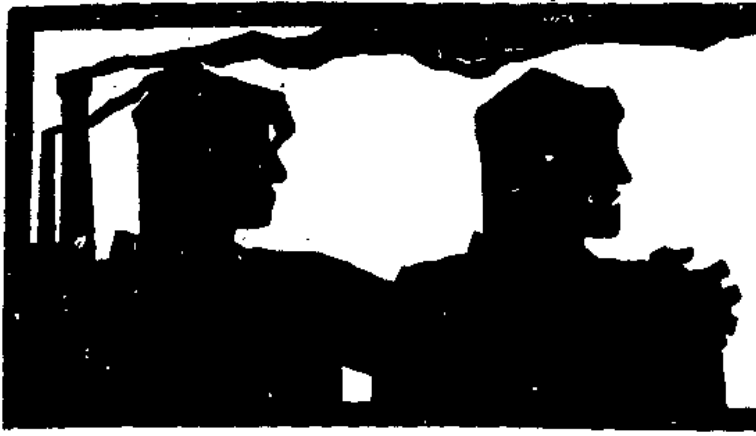
„D, bitte“, sagt vornehm abweisend der Zahnarzt, „Sie zahlen erst nach der Operation.“

„D, ich will auch jetzt nicht bezahlen“, erwidert der Patient, „aber da Sie mich betäuben wollen, will ich erst einmal nachzahlen, wieviel ich bei mir habe.“

Galgenshumor.

„Warum so vergnügt?“ — „Ich komme joeben vom Zahnarzt.“ — „Das ist doch kein Grund, zu lachen.“ — „Doch, er war nicht zu Hause!“

Es ist umsonst, daß du den Armen sagst: Es ist ein Gott, und dem Waislein: Du hast einen Vater im Himmel. Mit Wilsen und Worten lehrt kein Mensch den andern Gott kennen. Aber wenn du dem Armen hilfst, daß er wie ein Mensch leben kann, so zeigst du ihm Gott, und wenn du das Waislein erziehest, wie wenn es einen Vater hätte, so lehrt du es, den Vater im Himmel kennen. Pestalozzi.



Jungtamerad

Es gibt drei Stufen: Die erste: der Heimat den Rücken kehren, den Himmel stürmen wollen, die Welt aus den Angeln heben; die zweite: sich der Welt gram, der Heimat wieder zuwenden, in ihr alles sehen, sie zum Mittelpunkt alles Lebens machen, die Welt da draußen verachten; die dritte und höchste: mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen, mit der Welt vor Augen die Heimat liebend und bauend durchdringen.

Was ist eine A.-G.?

2. Die wirtschaftliche Bedeutung.

Die Aktiengesellschaft ist mit der kapitalistischen Entwicklung verbunden. In allen größeren Unternehmungen, wie sie seit dem 17. Jahrhundert auftauchen, braucht man „Kapital“. Da der einzelne Geschäftsmann und Unternehmer das notwendige Kapital nicht immer durch eigene Mittel beschaffen kann, entstehen die Kapitalgesellschaften und Gesellschaftsunternehmungen, wie sie die A.-G. darstellt.

Diese Feststellung wird besonders durch die geschichtliche Entwicklung der A.-G. gestützt. Die Entstehung der modernen A.-G. reicht nach übereinstimmenden Berichten zurück in den Anfang des 17. Jahrhunderts. Der Schwerpunkt wirtschaftlicher Unternehmungen lag damals infolge unentwickelter Technik nicht in der Industrie, sondern im Handel, besonders im Ueberseehandel. Es ist deshalb verständlich, daß die ersten A.-G. in verschiedenen europäischen Ländern Handelsgesellschaften sind. So schreibt z. B. Vieffmann:

„Als erste moderne A.-G. kann zweifellos die 1602 durch die holländische Regierung für den indischen Handel mit etwa 6 1/2 Millionen Gulden gegründete Allgemeine Niederländische Vereinigte Ostindische Compagnie gelten, die durch Vereinigung zahlreicher lokaler Gesellschaften und Schiffspartiariergesellschaften gebildet wurde. Bald wurden auch in anderen Ländern, besonders Frankreich und England, Aktiengesellschaften für den auswärtigen Handel gegründet und auch auf andere Erwerbszweige, Fischerei, Seeverversicherung, Banken, Feuerversicherung, Bergwerksunternehmungen wird das Aktienprinzip ausgedehnt. Die eigentliche Entwicklung der A.-G. aber beginnt erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, seit insbesondere für den Bau von Eisenbahnen die Aufbringung der größten Kapitalien erforderlich wurde.“

Die allgemeine Entwicklung der A.-G. in Deutschland setzte nach dem Kriege 1871 ein. Bis 1871 waren in Preußen nur 150 A.-G. gegründet worden. 1870 und 1871 wurden in Deutschland dagegen 686 A.-G. mit einem Kapital von 2237 Millionen Mark ins Leben gerufen. Gegen Ende des Jahres 1926 zählte man in Deutschland 12 392 A.-G. mit einem Nominalkapital von 20,3 Milliarden Mark. Diese Zahlen veranschaulichen den gewaltigen Einfluß, den die A.-G. als Unternehmungsform in der Wirtschaft genommen hat.

Aus dieser Sachlage ergeben sich einige wichtige Schlussfolgerungen. Zunächst nach der Richtung, daß Unternehmerbesitz und Unterleitung nicht mehr miteinander verbunden zu sein brauchen. Die Aktionäre sind nur die Geldgeber. Einige davon können sich als Direktoren an der Leitung des Unternehmens beteiligen; sie brauchen es nicht. Dieser Sachverhalt wurde auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie von dem Unternehmensführer Dr. Bücher ausdrücklich hervorgehoben, indem dieser betonte:

„Der Direktor oder Generaldirektor — wie man heute zu sagen pflegt — einer solchen Unternehmung (gemeint sind Großunternehmungen — Red.) ist nichts mehr als ein gehobener Angestellter, dem gewiß Sonderaufgaben obliegen, der aber unmittelbar als für sich selbst für dritte Rechnung, nämlich für den Eigentümer des zerstückelten Aktienkapitals und für die Unternehmung als solche arbeitet.“

Diese Trennung zwischen Unternehmerbesitz und Unternehmensleitung ermöglicht den Kapitalbesitzern den Bezug eines arbeitslosen Einkommens. Das heißt: die Aktionäre beziehen in Form von Dividenden oft hohe Geldbeträge, ohne dafür gearbeitet zu haben. Die bürgerlichen Anschauungen rechtfertigen diesen Zustand mit dem Hinweis, daß jedes Kapital in irgendeiner Form „Zins“ bringen müsse und darum auch die Kapitalrente gerechtfertigt sei. Demgegenüber steht die sozialistische Auffassung, die die Notwendigkeit eines Betriebsüberschusses nicht verneint, die es aber als Unrecht bezeichnet, daß die Dividende als ein Ertrag gesellschaftlicher Arbeit in die Verfügungsgewalt und Aneignung weniger Personen übergeht. Die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe sind deshalb stets darauf gerichtet, die Dividende zu schmälern und den Arbeitern einen höheren Wirtschaftsertrag zu sichern. Das Endziel der Arbeiterbewegung wird darin bestehen, das arbeitslose Einkommen in der kapitalistischen Wirtschaft vollständig zu beseitigen und den Arbeitenden den vollen Ertrag ihrer Tätigkeit zuzuführen. Das wird um so eher möglich sein, als durch die Entwicklung der A.-G. und die Ausdehnung des Großbetriebes der Besitzer, wie erwähnt, immer mehr vom Unternehmen getrennt wird. Der Bezug hoher Dividende durch Unternehmer verliert damit vollständig seine Berechtigung. Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung das Streben der Arbeiter nach Ueberwindung des Kapitalismus außerordentlich.

In sozialpolitischer Hinsicht ist dieser Zustand, ob der Kapitalbesitzer zugleich Unternehmer ist oder nicht, gleichfalls sehr bedeutungsvoll. Solange nämlich der Besitzer zugleich als Leiter des Betriebes auftritt, ist die Möglichkeit einer patriarchalischen und willkürlichen Behandlung der Arbeiter viel eher möglich. Wenigstens wird der Direktor als Angestellter — da er nicht eigenmächtig, sondern auftragsgemäß handelt — weit eher zu Zugeständnissen in gewerkschaftlichen machtpolitischen Dingen geneigt sein und nicht so sehr den „Herrn-im-Haus-Standpunkt“ hervorkehren, wie es der Besitzer in seinem Betriebe zu tun pflegt. Diesen Sachverhalt betonte auch Dr. Bücher auf der erwähnten Tagung durch den Hinweis:

„Man übersieht, daß die Großunternehmungen, bei denen es nur Angestellte gibt und denen der Manchesterstyp des Unternehmens vollkommen fehlt, heute im Wirtschaftsleben so weit dominieren, daß dem manchesterlichen Unternehmen im Produktionsprozeß eine bestimmte Rolle nicht mehr zukommt.“

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Wenn man den Stand der heutigen Wirtschaft betrachtet, die Großbetriebe und Kleinunternehmungen berücksichtigt, dann erscheint das Entstehen und Vorhandensein der zahlreichen Aktiengesellschaften als geschichtlich notwendig. Ob die dadurch geschaffene Wirtschaftsverfassung, verbunden mit sozialen Gegensätzen und starken Ungerechtigkeiten, in Zukunft Bestand hat, wird in starkem Maße von der Machtentfaltung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung abhängig sein.

Eine neue Großindustrie.

Kohleverflüssigung im Großbetrieb.

Deutschland führt gegenwärtig pro Jahr ungefähr 1,5 Mill. Tonnen Del ein. Im Jahre 1913 betrug die deutsche Deleinfuhr noch 170 000 To. Jedes Automobil, das wir in Dienst stellen, erfordert einen Delimport pro Jahr, der ungefähr ein Viertel bis ein Drittel des Wagenpreises ausmacht, d. h. ein Wagen, der rund 10 000 M. kostet, belastet die deutsche Handelsbilanz jährlich mit 2500 bis 3500 M. Wenn die Automobilisierung Deutschlands sich mit derselben Schnelligkeit weiter entwickelt wie in den letzten Jahren, woran nicht zu zweifeln ist, müssen wir in absehbarer Zeit rund 7 Millionen Tonnen Del importieren, wofür wir an das Ausland mindestens 600 Mill. M. zu zahlen haben. Daraus erklärt sich schon die Bedeutung der sogenannten Kohleverflüssigung (Kohlehydrierung) für unsere Wirtschaft.

Die Kohleverflüssigung, eine der folgenschwersten Erfindungen aller Zeiten, knüpft sich an den Namen des deutschen Gelehrten Friedrich Bergius. Die Versuche, Kohle in flüssigen Brennstoff zu verwandeln, begannen im Jahre 1912. Eigentlich ist die Kohleverflüssigung schon seit Jahrhunderten bekannt. Bei der Verkokung von Kohle erzielt man aus 1000 Kg. Kohle rund 700 Kg. Koks, 325 Kubimeter Rohgas und 30 Kg. Teer. Aus diesen 30 Kg. Teer stellt man ungefähr 9,5 Kg. Schweröl, 4 Kg. Mittelöl und 10 Kg. Leichtöl her. Die so gewonnenen Delmengen sind, verglichen mit der Menge der verbrauchten Kohle, äußerst gering. Wollte man nun mit Hilfe der Verkokung so viel Del herstellen, daß auch nur ein kleiner Teil unseres Benzinbedarfs im Lande gedeckt werden kann, so würde sich ein Ueberfluß von Koks ergeben, der in den Lagern verkommen müßte. Bessere Ergebnisse sind mit der Schwelerei, die besonders in Mitteldeutschland betrieben wird, erzielt. Aber auch hier ist die Möglichkeit, größere Mengen von künstlichen Benzinen herzustellen, äußerst beschränkt. Alle diese Verfahren zur Herstellung von künstlichen Delen sind zumeist unrentabel. Die Kohleverflüssigung weist grundsätzlich andere Wege. Sie will einen möglichst großen Teil der verbrauchten Kohle in Del verwandeln, indem sie den Eintritt von Wasserstoff in den Komplex von chemischen Verbindungen, den wir Kohle nennen, erzwingt. Nach den Versuchen von Bergius geht diese innige Vermengung von Kohlenstoff und Wasserstoff bei einer Temperatur von 400 bis 450 Grad und bei Drucken bis 120 Atmosphären vor sich. Der grundsätzliche Unterschied des heutigen Kohleverflüssigungsverfahrens gegenüber den älteren Verfahren, mit denen man, wenn auch nur geringe Mengen von Del gewann, geht aus folgenden Angaben hervor: Bei der Kohleverflüssigung erhält man aus 1000 Kg. Kohle neben 210 Kg. Gas und 300 Kg. Bchrückständen rund 490 Kg. Kohlenöl (150 Kg. Benzin, 80 Kg. Heizöl, 60 Kg. Schweröl, 200 Kg. Dieselöl und 350 Kg. Treiböl). Der Fortschritt liegt auf der Hand.

Wir haben nie daran gezweifelt, daß die von Bergius gefundenen Verfahren geeignet sind, künstliche Benzine fabrikmäßig, in großen Mengen herzustellen. Allem Anschein nach sind auch die Versuche, die sich mit der Kohlehydrierung an und für sich beschäftigen, abgeklungen. Ziel der Arbeit ist jetzt, zu einer bestimmten lohnenden Technik bei der Hydrierung zu kommen. Das ist gelungen; denn, wie jetzt mitgeteilt wird, ist es möglich, aus 1000 Kg. Kohle 650 Kg. Kohlenöl zu gewinnen, während die Ausbeute früher nur 490 Kg. Kohlenöl betrug. Ein großer Teil der vorhandenen Kohle wird also direkt in künstliches Del überführt. Das ist ein Beweis dafür, daß die ausgebildeten Verfahren in der Kohlehydrierung im Großbetrieb angewandt werden können. Sicher wird es noch, wie in jeder jungen Industrie — und die Kohlehydrierung wird in absehbarer Zeit eine unserer größten Industrien sein — Kinderkrankheiten geben, die aber zweifellos leicht zu überwinden sind.

Wie man aus verschiedenen Äußerungen der F. G. Farbenindustrie entnehmen kann, geht ihr Plan dahin, das künstliche Del nur langsam auf den Markt zu bringen. Darauf lassen auch die verschiedenen Abkommen, die der deutsche Farbenkongress mit den großen internationalen Kartellen getroffen hat, schließen. Man nimmt in Fachkreisen an, daß sich der deutsche Import noch bis 1932, entsprechend der fortschreitenden Automobilisierung und Mechanisierung in Deutschland, steigern wird. Bis dahin wird die neue deutsche Industrie, die Kohlehydrierung, so weit leistungsfähig sein, um ein weiteres Ansteigen des deutschen Delimports zu verhindern. Das scheint vorläufig das Ziel der Delpolitik des Farbentrusts zu sein. (»Ekkhard.«)

Berichte über Jugendarbeiten.

Bezirk Niederschlesien.

Wenn wir im Bezirk Waldenburg auf die geleistete Jugendarbeit im Jahre 1927 zurückblicken, so können wir mit dem Ergebnis zufrieden sein. Es ist uns in diesem Zeitraum nicht nur gelungen, in unserem engeren Waldenburger Revier die Jugend organisatorisch zu erfassen, sondern dank unermüdlicher Funktionärarbeit sind wir auch im Neuroder Bezirk ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben in 85 Zahlstellen unseres Bezirks 41 Jugendobleute und ca. 500 junge Mitglieder.

Die Tätigkeit der Bezirksleitung für die Jugendbewegung erstreckte sich im Berichtsjahr zuerst auf die Jugendobleute und Jugendfunktionäre, dann auf die Zusammenfassung aller Jungbergarbeiter. Zu diesem Zweck wurden Jugendkonferenzen, Lichtbildervorträge, Wochenendkurse und Jugendtreffen veranstaltet. Um der Aufgabe der Agitation für die Bewegung nachzukommen, wurden Agitationstouren und öffentliche Jugendversammlungen eingeleitet.

Die Veranstaltungen, soweit sie von Seiten der Bezirksleitung einberufen und finanziell unterstützt wurden, waren folgende: 5 Jugendobleutenkonferenzen, 4 Jugendobleutenkonferenzen für Neurode, 1 Ausstellungsbesuch in Liegnitz, 1 Wochenendkursus in

Gottesberg. Zur Agitation wurden veranstaltet: 2 Werbefahrten, 5 öffentliche Jugendversammlungen.

Zur Erleichterung der Belehrung und Aufklärung der Mitglieder sowie zur erleichterten Agitation ist auf die Beschaffung und Verteilung von Jugendbüchern, Werbefroschüren, Flugblätter und Rundschreiben, sei es von der Jugendzentrale in Wochum oder vom Bezirk aus, geachtet worden. An belehrenden und Werbeschriften wurden von uns verteilt: „Die Bergarbeiter im Wandel der Geschichte.“ — „Der Geschäftsbericht unseres Bezirks 1926.“ — „Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften.“ — „Menschenwirtschaftslehre der deutschen Industrie.“ — „Sie suchen die Seele.“ — „Aus eigener Kraft.“ — „Lebe, denke, handle!“ — „Tarifforderungen und Abschluß von Tarifverträgen.“ — „Wie verhalte ich mich bei Kündigung?“ — „Das Arbeitsgerichtsgesetz.“

In periodisch erscheinenden Schriften wurde auf dem „Jungtamerad“, der den Jugendlichen mit der Verbandszeitung zugeht, auch der „Jugendführer des UGB“ verteilt.

In unseren Jugendgruppen erfassen wir die Mitglieder unserer Organisation von 11 bis 20 Jahren. Durch die Fassung der Jugendlichen bis zu diesem Alter ist es uns auch nur möglich geworden, Jugendgruppen in den örtlichen Zahlstellen zu halten. Die Arbeit einzelner Jugendgruppen zeigt sich nun in der folgenden Aufstellung der Veranstaltungen:

Zahlstellen	Wanderungen	Hauptversammlungen	Mitgl. der Gruppe	Schulbesuche	Unterstützung	Verträge
Niederhermsdorf, Ost und West	1	1	7	2	2	1
Ober- und Nieder-Altwasser	1	1	3	1	3	1
Neu-Salzbrunn	1	1	8	2	2	1
Weißstein	1	1	5	5	3	1
Gottesberg	1	1	3	3	3	1
Neurode nach Bericht (6 Zahlst.)	1	1	12			
Gesamtzahl	4	2	38	3	12	11

Die Veranstaltungen der bestehenden Jugendgruppen zeigen in dem verflochtenen Jahre somit eine recht rege Tätigkeit. Im Neuroder Gebiet haben Neugründungen von Jugendgruppen stattgefunden, wie aus der Aufstellung zu ersehen ist, auch haben wir in Waldenburg Fortschritte gemacht. In Ober-Waldenburg, Sellhammer und Dittersbach sind bereits Vorbereitungen getroffen worden zur Gründung neuer Jugendgruppen und so hoffen wir, im jetzt laufenden Geschäftsjahr die Zahl der Gruppen erneut vermehren zu können.

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß durch die Vertretung der Bergarbeiterjugend im Stadt- und Kreisrat auch in den übrigen Organisationen für Jugendpflege wir Mittel zuweisen erhielten. Es konnten dadurch Sportgeräte und sonstige unterhaltenen Mittel angeschafft werden, um die Veranstaltungen abwechslungsreicher zu gestalten. Dester wurde von unseren Jugendobleuten Klage darüber geführt, daß die Verbindung zwischen ihnen und den jugendlichen Mitgliedern zu wünschen übrig lasse. Um diesen Zustand zu ändern, wurden aus den Kreisen unserer Jugendobleute mit Hilfe der Ortsverwaltungen eigene Jugendkassierer eingesetzt. Die Experimente hatten guten Erfolg. Wir empfehlen den Zahlstellen, die beachtlichen Jugendgruppen zu bilden, dieses Vorgehen nachzuahmen.

Das Verhältnis der Jugendlichen zu den organisierten Erwachsenen sowie auch zu den Ortsverwaltungen ist durch Anerkennung der Notwendigkeit der Bergarbeiterjugendbewegung ein recht erfreuliches geworden. W. Sch.

Bezirk Saargebiet.

In unserem Bezirk zählen wir zurzeit 110 Jugendabteilungen. Jugendversammlungen, die mit Referenten der Bezirksleitung besetzt waren, fanden im Berichtsjahr insgesamt 40 statt. Außerdem fanden 6 bezirksliche Treffen und ein großer Jugendtag statt. Zur Belehrung unserer Jugendfunktionäre veranstalteten wir 15 Kurse mit wichtigen gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Themen. Guten Erfolg erzielten wir außerdem mit der Veranstaltung von 32 Lichtbildvorträgen „Der Lebenskampf der Bergarbeiter“. Jugendbücher und Werbeschriften wurden in genügender Zahl verteilt. Es ist unser Wunsch, daß in absehbarer Zeit wieder eine besondere Jugendzeitung erscheint. Leider war es uns unter der Herrschaft der französischen Grubenverwaltung nicht möglich, die gleichen Urlaubsrechte für Jugendliche wie in anderen Bezirken zu schaffen. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten deshalb keinen Urlaub. Trotzdem werden wir auch in Zukunft alle Kraft im Dienste unserer Organisation und zum Wohle der Bergarbeiter verwenden.

Geldmann und Bauer.

„Sagen Sie mal, guter Mann, was sind das, die Sozialisten?“
 „Die Sozialisten? ... Das sind Lumpen, Räuber, Spitzbuben!“
 „Was Sie da sagen!“
 „Ja, das sind Taugenichtse, die verlangen, daß der Staat mit Arbeit allen Menschen die Existenz sichere.“
 „Darin sehe ich nichts Böses.“
 „Wie, Ihr seht nichts Böses darin? Aber das ist ja schändlich, das untergräbt die Freiheit; denn wenn der Staat einem jeden die Arbeit sichern wollte, so müßten die Reichen ihr Geld ausgeben.“
 „Darin ist auch nichts Böses.“
 „Aber das ist nichtswürdig, tyrannisch, das greift in die Familie, ins Eigentum!“
 „Es scheint doch, lieber Mann, daß, wenn jeder immer Arbeit hätte, die Familie und das Eigentum keinen Schaden litten.“
 „Dann wollt Ihr also, daß der Staat das Recht auf Arbeit garantiert?“
 „Ja!“
 „Nun, so seid Ihr selber ein Taugenichts, ein Räuber, ein Spitzbube!“
 „Was da, mein Guter, Sie ereifern sich zu sehr; beantworten Sie mir bloß die Frage: Wer schafft den Arbeitern die Arbeit?“
 „Nun, wahrhaftig, Ihr wißt's wohl, die Reichen, die Kapitalisten.“
 „Dann sind also die Reichen, die Kapitalisten, Taugenichtse und Spitzbuben?“
 „Wie so?“
 „Indem sie ihre Kapitalien aus dem Verkehr zurückziehen, entziehen sie den Arbeitern die Arbeit und greifen damit ihre Familie und ihr Eigentum an; denn das Eigentum des Armen ist seine Arbeit. Wenn man ihm nun seine Arbeit entzieht, stiehlt man ihm nicht bloß sein Eigentum, man verdammt ihn auch zum Hungertod.“
 „Das sagen die Sozialisten!“
 „Und bloß, weil's die Sozialisten sagen, nennt Ihr sie Taugenichtse, Räuber und Spitzbuben! Dann, guter Mann, geben Sie mir immer diesen Titel, ich ärgere mich nicht darüber; denn, sehen Sie, man muß sich nur klar werden!“
 Aus: „Die Verbrüderung“, Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter, vom 27. Februar 1849.

